

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

206 (5.9.1921)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 6.50 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M. monatlich. — Einzelheft 25 Pf.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle n. Redaktion: Ruisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleile 1.20 M. Die Reklamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die badische Regierung an das badische Volk

Das badische Staatsministerium erläßt folgenden Aufruf:

An das badische Volk!

Die ruchlose Tat, welcher der Abgeordnete Erberger in ansehnlicher Schwärzwalde zum Opfer fiel, hat die politischen Gegensätze im deutschen Volk zu gefährlicher Spannung verschärft. Durch eine Klaut fühlt sich die Mehrheit auch des badischen Volkes, die treu zur Republik steht, von den Gegnern der Verfassung getrennt.

Um Schutz der Verfassung und der Gerechtigkeit hat die Reichsregierung außerordentliche Maßnahmen treffen müssen, die unsere volle Zustimmung finden und die in Baden mit gerechter Forderung angewandt werden sollen.

Mitbürger! Wiederholt hat das badische Volk bewiesen, daß es auch in Zeiten schwerer politischer Erschütterung mit Ruhe und Festigkeit einzutreten versteht für die Unantastbarkeit der republikanischen Verfassung und Landesverwaltung und für die Erhaltung der Ordnung, der Grundlage unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Mitbürger! Beweist auch jetzt eure Treue zur demokratischen Republik und eure Besonnenheit.

Von den Beamten erwarten wir, daß sie jederzeit als zuverlässige Stützen der Volksregierung in bestmöglicher Pflichterfüllung für den Schutz der Verfassung und Gesetz eintreten und so das Vertrauen des Volkes auf die Sicherheit der Republik stärken.

Die Lehrer der Volksschulen, der Höheren und der Hochschulen sind berufen, die Jugend anzuleiten zur Erkenntnis und zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht, damit sie in Achtung vor der vom Volke geschaffenen Republik tätig wird zur Mitarbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Im Vertrauen auf die Unterstützung des badischen Volkes wird die Regierung ihre ganze Kraft einsetzen, um in verfassungsmäßiger Zusammenarbeit mit der Reichsregierung die dem inneren Frieden Deutschlands drohenden Gefahren abzuwenden und die Ordnung in unserem Heimatland zu sichern.

Karlsruhe, den 3. September 1921.

Das badische Staatsministerium.
F. v. E., Staatspräsident.
Dr. Engler, van End, Hummel, Köhler, Marum, Remmel, Schön, Weichaupt.

Eine scharfe Warnung des Reichskanzlers an die Reaktion und an das Großkapital

M. Berlin, 5. Sept. Der Wahlkreisverband der Großen Zentralorganisationen veranstaltete am Sonntag in der Stadthalle eine große Kundgebung, in der der Reichskanzler sprach. In der Rede des Reichskanzlers wurde die durch die Ermordung des Abg. Erberger geschaffene politische Lage erörtert, darin sagte er u. a.:

Die Aufgabe der heutigen Regierung muß es sein, die Quelle der Reaktion zu verstopfen. Wir wollen, daß das demokratische Selbstbestimmungsrecht Einfluß gewinnt. Man erhebt sich in Deutschland gegen die Reaktion und bekennet sich zur Fahne der Republik. Wir brauchen ein Gesetz und ich werde mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt, welches die Ehre unserer Mitbürger, die im politischen Kampfe stehen, schützt, kommt ein berechtigtes Gesetz nicht, so wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo in Deutschland bei den jetzigen Verhältnissen kein Mensch mehr in die politische Arena steigen will.

Nach einer Würdigung der Steuererklärungen Erbergers richtete der Reichskanzler scharfe Angriffe gegen das Großkapital. Dieses habe die Zahlung der Geldmilliarde sehr erschwert. Es habe nicht aus Patriotismus, sondern aus Egoismus und Gewinnlust gehandelt, weil es die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögere.

In den weiteren Ausführungen verleiht er dann der Redner sein Programm gegen die Angriffe von Rechts; er werde keinen Augenblick von seinem Programm abgehen und sei bereit, gegen die Reaktion mit allen staatlichen Mitteln einzuschreiten.

Schwere Zusammenstöße in Coburg

M. Coburg, 3. Sept. Auf dem Schloßplatz fand eine von den sozialdemokratischen Parteien einberufene Versammlung als Kundgebung für die Republik und als Protest gegen Erbergers Ermordung statt. Nach Neben der Führer beider Parteien hörte man in den Straßen Schüsse und Handgranatendetonationen. Es kam zu Zusammenstößen mit der grünen Landespolizei. Die Straßen waren mit Drahtverhau gesperrt worden. 12 Personen aus dem Publikum sind durch Schüsse und Handgranaten verletzt worden, darunter ein Mann schwer. Eine Anzahl Schaufenster und Wohnungsfenster sind durch Gewehr- und Handgranaten zertrümmert worden. Ein Polizeibeamter wurde durch Stadtschläge erheblich verletzt. Die Versammlung war schließlich genehmigt, der Demonstrationszug jedoch von dem Stadtkommandanten verboten worden.

Die Heße der bayerischen Nationalisten

M. Berlin, 4. Sept. Von zukünftiger Stelle wird uns mitgeteilt: Die „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 2. September führt in einem „Enttäuscht“ überschriebenen Artikel a. a. aus: Die Zahlung der August-Milliarde habe der Reichsregierung nicht weniger als 53 Milliarden Papiermarkt gekostet. Sie verbindet damit in hypothetischer Form beleidigende An-

griffe gegen den Reichskanzler und spricht von einem Bankrott und nichtswürdiger Erfüllungspolitik. Die Meldung trägt den Stempel der Erfindung in den Augen jedes Urteilsfähigen und ist ein Beispiel dafür, daß eine gewisse Presse vor nichts zurückschreckt, um Verwirrung zu stiften und das Ansehen der Reichsregierung zu untergraben.

Unruhen und Zusammenstöße bei nationalsozialistischen Festlichkeiten

M. Chemnitz, 5. Sept. Nach dem Polizeibericht kam es hier gestern abend zu Unruhen, denen ein Menschenleben zum Opfer fiel. Um 10 Uhr abends fand ein Festabend statt, an dem ein großer Trupp von Demonstranten vor die Lokale, in denen die Festabendveranstaltungen stattfanden, die Lokale wurden aber, um Zusammenstöße zu verhindern, abgesperrt. In der Reformstraße wurde eine Versammlung von etwa 30 Schülern zur Abgabe etwaiger Waffen und zum Verlassen der Schule aufgefordert. Bei dem entzündenden Handgemenge fiel ein Schüler durch den ein Banarbeiter getroffen wurde, jodas er auf dem Transport nach dem Krankenhaus wurde, jodas er Schüler wurden mißhandelt, einer derart verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In anderen Stellen verließen die Zusammenstöße ohne schwere Folgen. Die Polizei nahm eine Anzahl von Verhaftungen vor.

Berlin, 3. Sept. (Privattelegramm.) Wie die „D. Z. a. N.“ meldet, drangen gestern abend Kommunisten in ein Lokal in Strauß-Hummelsburg ein, in dem die Mitglieder der Deutschen nationalen Volkspartei eine interne Schanfeier veranstalteten, da die öffentliche Feier vom Berliner Polizeipräsidenten verboten war. Dabei kam es zwischen den zwei Parteien zu einer wüsten Prügelei. Auch Schüsse fielen. 10 Personen wurden zum Teil schwer verwundet. Während die Kommunisten angaben, daß die Gegenpartei mit Schußwaffen versehen gewesen sei, behauptet diese das Gegenteil. Eine Untersuchung ist im Gange.

Aufruf der bayerischen Landesbauernkammer

M. München, 3. Sept. Die bayerische Landesbauernkammer hat mit Rücksicht auf die immer größer werdende Teuerung einen Aufruf an die bayerische Landwirtschaft gerichtet, nichts zu verändern, was die Not derer Volkswirtschaft lindern kann. Eine möglichst rasche Erfüllung der Umlagepflicht ist heute ehrenpflichtig jedes bayerischen Landwirts. Die bayerische Landwirtschaft müsse mit hohem Ehrgefühl die in die schweren Zeiten, die uns bevorstehen. An die bayerische Staatsregierung richtete die Landesbauernkammer eine Reihe von Anregungen, die sich gegen eine unerwünschte Ausfuhr von Lebensmitteln aus Bayern wenden und den verteuerten Fremdenaufstrom in ertäglichen Grenzen hält. Wir wollen dafür eintreten, daß durch scharfe Bewachung des Lebensmittelhandels verhindert wird, daß immer größere Kreise mühselosen Gewinn suchen.

Die Teuerungsverhandlungen

M. Berlin, 3. Sept. Nach achtstündigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Teuerungsulagen für die in Reichsbetrieben beschäftigten jugendlichen und weiblichen Arbeiter und Lehrlinge, ist am Donnerstag zwischen dem Regierungsvorstand und den beteiligten Gewerkschaften folgendes Resultat erzielt worden: Es erhalten Teuerungszulagen: Männliche Arbeiter vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr 80 % für die Stunde. Jugendliche im Alter von 17 bis 18 Jahren 55 % und von 14 bis 16. Lebensjahr 30 %. Weibliche Beschäftigte im Alter von 21 Jahren 75 %, von 18 bis 21. Lebensjahr 20 %. Lehrlinge im ersten und zweiten Jahr erhalten 20 %, im dritten Jahre 30 % und im 4. Jahr 40 %. Beide Verhandlungsparteien erklärten sich bereit, das Ergebnis vor ihren Auftraggebern zu vertreten.

Mitteilung der holländischen Regierung an den Erbkaiser

M. Berlin, 3. Sept. Nach einer Mitteilung der holländischen Postverwaltung wird die Regierung künftighin den Telegramm- und Telefonverkehr im Hause Doorn scharfer als bisher überwachen. Ein Delegierter der holl. Regierung hat beim Erbkaiser vorgeschlagen und erklärt, die holländische Regierung müsse verlangen, daß der Verkehr des Kaisers mit seinen Anhängern in Deutschland unterbleibe.

Irland gegen England

M. London, 4. Sept. (Reuters.) Die irische Antwort, die heute abend bekanntgegeben worden ist, erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, rein für sich selbst zu wählen und sein nationales Geschick zu verwalten. Die Iren hätten sich in überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diesen Entschluß mehr als einmal bestätigt. England handele, als ob Irland zum Abschluß einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verbot. Gestützt auf diese Theorien nehmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, über Irland zu herrschen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Geschick gegen den Willen des Volkes teilen und jeden irischen Bürger, der die Untertanenpflicht ablehne, töten oder ins Gefängnis werfen. Die Iren lehnen die ihnen am 20. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentalster Weise auf diesem englischen Standpunkt beruhen, unumkehrlich ab. Sie seien damit einverstanden, daß ein neutraler, unparteiischer Schiedsrichter zwischen England und Irland entschiede. Die Iren würden nur Widerstand entgegensetzen, wenn die Engländer damit drohten, ihren Standpunkt mit Gewalt zu unterstützen. Drohungen mit Gewalt müßten ausgeschlossen werden, um es zu ermöglichen, daß Bevollmächtigte zusammenzutreten, die durch keine Bedingungen verhindert würden, außer durch Tatsachen selbst.

Die zweite Schlacht

Von Jakob Hlmaier

Die Diskussion über das neue Programm hat die geistige Schwere behoben, die unsere Partei jahrelang belastete. Seit der Bruderkampf in der sozialistischen Arbeiterkammer langsam verebbt und die Kommunisten infolge ihrer unheilvollen Butschaktik in ohnmächtige Splitter abfallen, sind für viele Parteigenossen die Schranken gefallen, die sie von der Kritik an der eigenen Partei zurückgehalten haben.

Geistige Kämpfe haben der Sozialdemokratie nie geschadet und daß sie jetzt wieder erwachen, zeugt von neuer Gesundheit und Stärke. So wertvoll und erfreulich die Auseinandersetzungen über den Programmwurf sind, es scheint jedoch, als sollte das Pferd am Schwanz aufgezäumt werden. Man will das Dach decken, bevor noch das Fundament für das neue Haus gelegt ist. Was nützen uns die besten Statuten und Behauptungen, bevor wir nicht die Bedingungen und Voraussetzungen kennen, die die Partei ihren Handlungen bei den kommenden Ereignissen zu Grunde legen will. Solange wir für die bevorstehenden politischen Gefechte und wirtschaftlichen Schlachten kein klar umrissenes Ziel haben, solange unsere Politik von der Hand in den Mund lebt, wie es im letzten Jahr leider zu oft gewesen ist, solange wird kein Parteiprogramm entworfen werden können.

Unser Endziel kennen wir. Daß wir die Republik und die Demokratie sichern müssen, wissen wir. Darüber hinaus gilt es jedoch in Etappen vorwärts zu schreiten, und nichts anderes soll das Programm nach den Erklärungen des Parteivorstandes enthalten, als diese Etappen zum Sozialismus zeitlich und räumlich abzugrenzen. Der Krieg und seine Folgen haben dem Willen und der Kraft des Proletariats enge Schranken gezogen. Daß uns aber der Friedensvertrag hindern soll, der sozialistischen Wirtschaftsordnung einen Schritt näher zu rücken, ist falsch. Im Gegenteil. Unsere Verpflichtungen gegen die Entente, die Not der Volksmassen und die trostlose Lage unserer Finanzwirtschaft zwingen uns zur Staats- und Gemeinwirtschaft. Gälte es das deutsche Bürgertum begriffen, so wüßte es, daß der Kampf der deutschen Arbeiterkammer umsofort verbunden ist mit dem wahren nationalen Ringen um Einheit und Freiheit. Das Schicksal des deutschen Proletariats wird das Schicksal Deutschlands sein.

Als wir am 5. Mai das Ultimatum unterzeichnen mußten, war es der Bankrott der bürgerlich-nationalistischen Außenpolitik. Sie war bedungen durch den inneren Kurs „Stimmes“ und wahrlich nicht nach dem Willen der arbeitenden Klassen, denen nichts mehr verhaßt ist wie deutchnationale Geldemäuler, Rahr-Eichrich-Orgele, Balfourer, Rebanergerler und Hohenzollernstreiter, die Verbindungen des 5. Mai. Die Niederlage des Proletariats in den dreijährigen politischen Revolutionskämpfen war zugleich die politische Niederlage Deutschlands in der Weltpolitik. Mit dem 5. Mai endet ein Buch, und das neue Kapitel heißt: Ausföhrung des Ultimatus, Wirtschaftspolitik! Für Diplomatenkünste gilt dabei das Wort Dante: „Nacht alle Hoffnung fahren.“

Wieder erheben sich die gleichen äußeren und inneren Gefahren und die gleichen Gegensätze. Das Bürgertum, das sich nach außen wie nach innen von seinen Verpflichtungen drücken und die arbeitenden Klassen auch den Frieden, wie vordem den Krieg, bezahlen lassen möchte. Deshalb das Geschrei über die Unantastbarkeit des Ultimatus, weil die Besitzenden von ihren ungeheuren Krieges- und Nachkriegsgewinnen nichts abgeben wollen. Auf der anderen Seite die gewaltige Mehrheit des Volkes, die Frieden und Versöhnung heischt, die Deutschlands Verpflichtungen erfüllt sehen möchte und erkennt, daß der Weg durch die Steuerreform in einen Saß führt, in dem die Arbeiterkammer und mit ihr Deutschland ersticken werden.

Und hier beginnen die Aufgaben unserer Partei, die das A und O des neuen Programms sein müssen. Ueber die Steuervorschläge selbst brauchen wir nicht zu streiten. Es gilt der Saß des Radmanns der Reichstagsfraktion, des Genossen Keil, der am 16. August im „Vorwärts“ sagte:

„Darüber sollte sich jedermann klar sein, daß die Lösung des Finanzproblems jetzt gefunden werden muß, wenn wir nicht den Spuren Oesterreichs, Polens und Sowjet-Rußlands bis ans Ende folgen wollen. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums stellen aber keine Lösung dar. Nicht etwa nur deshalb, weil sie noch keine völlig rechnungsmäßige Deckung des Bedarfs bringen, sondern ihres Grundcharakters halber. Sie vermehren zwar die Steuern in einem nie erlebten Maße, verteuern aber zugleich den gesamten Lebensbedarf des Volkes in ebenso großem Maße, belasten dabei die Lebenshaltung im umgekehrten Verhältnis zur Möglichkeit der Einkünfte, ziehen Lohn- und Gehaltsverhörungen großen Maßstabs nach sich, belassen das Wirtschaftsleben an der falschen Stelle, verteuern die öffentliche Verwaltung, führen darun, selbst wenn eine augenblickliche Deckung gegeben schien, zu neuen großen Fehlbeträgen in Reich, Ländern und Gemeinden, zur Vermehrung der schwebenden Schulden und zur Erigerung der Notenflut, drücken den Kurs der Mark weiter herab, verteuern damit die Einfuhrgüter, verschlechtern unsere Handelsbilanz, erhöhen die Papiermarksumpe der Kontraktverbindlichkeiten, füllen also das Loch im Reichshaushalt nicht aus, schaffen vielmehr alle Voraussetzungen zu seiner automatischen

Die Wirtschaft

Die Wirtschaft

Die Wirtschaft

Erweiterung mit all den schweren Folgen, die wir bei un-

Mit anderen Worten: Der Weg des Bürgerturns führt

Hier sind die wichtigsten Wirkungen des Versailler Frieden-

Die wirtschaftliche Schlacht, die eigentliche Revolution

Berichtszeitung

4. Mannheim, 2. Sept. Vor der hiesigen Ferienstrafkammer

Parteilosigkeit! Stärkt den Wahlfond!

Manon Lescant

Roman von A. S. Kröbst

Solche Betrachtungen erwecken die Idee in mir, an Tiberge

Die Hellebarriere wurden so unzugänglich, als sie die Fest-

Wir kamen in Havre an. Mein erster Weg war nach der

Der Jubel und die Freude der Deutschnationalen über den Mordmord an Erzberger

In der Eröffnungsitzung des deutschnationalen Parteitag

Genau so jetzt beim Mord Erzbergers! Erst hat man in

Über damit wird an der feststehenden Tatsache nichts ge-

die große Masse der Anhänger der beiden Rechtsparteien

Noch heute rückt die „Kreuzzeitung“ den widerwärtigen Mord-

Ran soll doch einfach die Wahrheit gestehen: in unzähligen

Man braucht nur in der Eisenbahn oder im Wirtschaftshaus

Und damit es festgehalten werden kann, hier einige Bei-

„Wie ich soeben lese, ist der dicke, feste, vierstellige“ (allge-

„Aber ihre Reden ließen mit zittern, da sie verrieten, was

Als ich die Hoffnung aufgeben mußte, Tiberge's Hilfe zu

Wir festen die Segel auf. Der Wind blieb uns günstig.

ber Erzberger erschossen worden! (Minutenlanges Händeklats-

Die „Pommersche Tagespost“, das führende Organ der

„Das große Rothen kommt einem an ob der Behandlung des

„Aus Hamburg wird der Dena berichtet: Als die Nachricht

„Nameraden, ich habe Euch eine freudige Mitteilung zu

Zu den deutschnationalen Provinzialblättern, die anfänglich

„Wir haben kein Mitleid mit dem Geschick eines Mannes,

„Einen Gipfel deutschnationaler Roheit wird noch durch einen

„Detmold, 29. Aug. Das folgende unerschöpflich reiche Vor-

Nach zweimonatiger Seefahrt landeten wir endlich am er-

Die armen Leute überschütteten uns mit Fragen über

Ran stellte uns ihm vor. Er sprach lange Zeit leise mit

Der Kapitän sagt mir, daß ihr verheiratet seid, begann er,

Ich antwortete ihm in einer Weise, die ihn in seiner guten

(Fortsetzung folgt.)

Der Wahlparteitag der badischen Sozialdemokratie

Durlach, 4. September 1921.

Am 0.15 Uhr vormittags wurde der in der Festhalle zu Durlach, die mit den deutschen und badischen Farben geschmückt war, stattfindende außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei Badens eröffnet. Voraus ging ein würdevoller und patriotischer Chöre des Sängerbundes Vorwärts von Durlach und Arbeitergangs- und Turnverein von Au.

Die Präsenzliste ergibt laut dem späteren Bericht der Mandatsprüfungskommission insgesamt 216 Anwesende und zwar 179 Delegierte, 20 Mitglieder des Bezirksvorstandes und Bezirksausschusses, Reichstagsabg. Gen. Dr. Braun vom Parteivorstand, Gen. Gerich-Ludwigsbafen von der Pfalz, Gen. Widmann-Offenbach von Heffen, 7 Landtagsabgeordnete und 7 Pressevertreter.

In einer Eröffnungsansprache gedachte der Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Abg. Gen. Strobel, zunächst des dahingegangenen Mitgliedes des Bezirksvorstandes Georg Pfeiffle von Mannheim, dessen Wirken von Jugend an bis zu seinem Tode anerkennend die Partei für den Sozialismus war. Hierauf erinnerte der Vorsitzende noch an die Ereignisse in Baden und an die großen Ereignisse, die an der Partei, am badischen und am deutschen Volke seit dem letzten Parteitag in Baden-Norden vorüberzogen. Wir müssen jetzt auskosten, was die Nationalisten und Militaristen herbeigehandelt. Wir sind der Arbeiterklasse zu Dank verpflichtet, daß sie sich nicht der Rutschkatzen verschließen. In Abwehr mußten wir uns zur Dagegung stellen. Die Regierung tut sowohl gegenüber den Rutschkatzen als auch gegenüber uns die Pflicht. Nun gilt es den Kampf für die Republik aufzunehmen.

Der Mordmord an Erzberger

galt der Republik. Der Mordmord löste gewaltige Kundgebungen aus, bei denen Baden seinen Mann stellte. Mit den Kundgebungen ist jedoch die Arbeit nicht getan. Dies zeigt der gegenwärtige deutschlandweite Parteitag in München, wofür wieder eifrig die monarchistische Propaganda entfaltet wurde. In Heidelberg ladet der

„Bund der Aufrechten“

die nationalistisch-monarchistische Kreise auf 11. September zu einer Tagung ein. Auch

Prinz Heinrich von Preußen

ist vom 21. bis 23. September nach Heidelberg gekommen, wobei ihm der „Bund der Aufrechten“ ein Ständchen bringen will. Wir werden also vor großen Kämpfen stehen. Es gilt die Volkswirtschaft bis zum äußersten zu verteidigen. Hierbei bedarf die Regierung der Hilfe des Volkes. Die Regierung hat bei ihrem Kampfe gegen die Reaktion auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei rechnen (Weisfall). Das Maß der wertvollen Bevölkerung gegenüber der Vererbung der Reaktion ist voll. Behe ihr, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht (Weisfall). Der badische Parteitag ist eröffnet.

Als Tagesordnung des Parteitages wird angenommen:

1. Die Landtagswahl in Baden. Referent: Landtagsabg. Gg. Strobel-Mannheim.
2. Feststellung der Landesliste. Referent: Landtagsabg. Gg. Strobel-Mannheim.
3. Die politische Lage im Reich. Referent: Reichstagsabg. Osk. Gg. Mannheim.

Als Vorsitzende des Parteitages werden gewählt: Strobel-Mannheim und Weber-Durlach.

Georg-Durlach begrüßt als Vertreter der Durlacher Organisation den Parteitag.

Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort zur Begrüßung des Parteitages

Reichstagsabgeordneter Dr. Adolf Braun vom Parteivorstand-Berlin:

Die Tatsache, daß mich der Parteivorstand hierher sandte, zeigt die Wichtigkeit der Verhandlungen. Die Republik ist in Gefahr. Die Republik hat keinen besseren Schutz als die Sozialdemokratie. Wenn mich der Parteivorstand trotz der in Berlin vorliegenden Misere hierher sandte, so geht daraus die Wichtigkeit des Parteitages hervor und gleichzeitig die Bedeutung, die der Parteivorstand den badischen Parteigenossen, dem Lande Baden und den badischen Landtagswahlen zumißt. Gleichzeitig übernehme ich auch die Verpflichtung, die badische Sozialdemokratie, die vor großen Kämpfen steht, zu vertreten. Der Nord an Erzberger begrüßt ebenfalls

die Situation in Deutschland.

Ins ist am Nord vor allem beachtlich, daß die Chaubinsten, die Steuererinde, die Militaristen, die Monarchisten die Wörder sind, mag nun der Wörder aus Jena, Heidelberg oder Berlin stammen. Wir wissen, daß der Nord lebhaft Verteidigung der Studenten und Offizieren ausübte, die die Restauration der Monarchie und des Dreiklassenwahlrechts erhoffen. Wir wissen, daß der Entscheidungskampf in Süddeutschland geführt wird. Heute flüchten sich die preußischen Reaktionen von Preußen in das Baderland des Herrn von Rahr. Wir wissen, daß Reichsrecht, Landrecht bricht. Dies muß auch für Bayern gelten. In

Nordbayern

werden sich unsere Genossen besonders dafür ins Zeug legen (Weisfall). Wir werden aus Nordbayern in den nächsten Tagen herüber noch mehr hören. Wir wollen nicht zur Resignation fallen, sondern mehr tun, um zu zeigen, daß Reichsrecht Landrecht brechen muß. Nord und Süd zusammenstehen, um dem Reich zu geben, was des Reiches ist. Wir verlangen, daß der Wille des Reiches in allen seinen Teilen zur Geltung kommt. Die badische Regierung hat durch ihre begünstigende Kundgebung dargelegt, daß sie sich hinter der Reichsregierung stellt. Unsere reaktionären Gegner werden den Versuch machen, mit den Lebensmittelpreisen die großen Städte zu bedrohen. Wir brauchen jedoch diese Drohungen nicht allzu ernst nehmen. So ernst auch die Situation ist, durch Absperrung der Lebensmittelpreise wird Nordbayern nicht zum Monarchismus gezwungen werden. Das gleiche gilt auch für andere Teile Deutschlands. Alles zeigt die Notwendigkeit zur lebendigsten Solidarität.

Die badischen Wahlen

werden zeigen, wie das deutsche Volk denkt. Sie werden bis ins letzte Dorf in Deutschland ihre Schellen werfen. Baden muß bei den Wahlen zeigen, daß die Republik in sicherer Pat ist. Pflicht der Parteigenossen ist es deshalb, ihre Pflicht zu tun (Lebhafter Weisfall).

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Ueber die Landtagswahl am 30. Oktober 1921 referiert

Landtagsabgeordneter Gg. Strobel-Mannheim:

Zwischen der letzten Friedens-Landtagswahl und der bevorstehenden ersten ordentlichen Landtagswahl seit dem Zusammenbruch im November 1918 liegen 4 1/2 Kriegsjahre mit all ihren Leiden, ihrer Trauer, dem Hunger und den Entbehrungen. Durch eine unverantwortliche Politik der Kriegsverlä-

ärer, geführt von Ludendorff und Helfferich, verpaßte Deutschland alle Möglichkeiten, um zu einem erträglichen Frieden zu kommen. Als es zu spät war und die Front zusammenzubrechen drohte, verlangte Ludendorff gegen Ende September 1918 von der erst zu stübenden Regierung des Prinzen Max von Baden innerhalb 24 Stunden die Abschaffung des Friedensangebots an die Entente. Obwohl das Verlangen Ludendorffs allgemein übersehen, entsprach ihm die Regierung. Doch war es zu spät, die deutsche Kraft war erschöpft und der militärische Zusammenbruch erfolgte, bevor es zu geordneten Friedensverhandlungen kam.

Der monarchistische Obrigkeitsstaat, der ein Klassenstaat gegen die Arbeiterklasse war, wurde beseitigt und durch den demokratischen Volksstaat ersetzt mit der Vereinigung der politischen Macht in der Volksvertretung bei Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts zu sämtlichen Verwaltungssphären. Durch Verleihung des Volkswahlrechts und Verwerfung des Wahlrechts an die Stimmberechtigten ist dem Volke weitgehendster, direkter Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung gesichert. Alle Vorrechte des Adels, des Adels, der Abstammung sind beseitigt und damit die sozialdemokratischen Forderungen für staatsbürgerliche Gleichberechtigung erfüllt. Entsprechend der veränderten staatlichen Grundlage änderte auch die Sozialdemokratie ihre Stellung zum Staat. Aus der den Klassenstaat neigenden Sozialdemokratie wurde eine, dem demokratischen Volksstaat stützende Sozialdemokratie.

Der plötzliche Zusammenbruch in den Novembertagen zeitigte innere Wirren auf Wirren. Betroffen sind die einst herrschenden bei Revolutionärsanführer feige und liehen Monarchie und alles im Stich, so arbeiten sie heute mit immer größerem Nachdruck an der Zurückgewinnung ihrer früheren Macht. Träger dieser Bewegung sind die Parteien, welche ihre Firma von Konfessions- in Deutschland und von Nationalliberalen in Deutsche Volkspartei änderten, da die Politik dieser Parteien und ihres sonstigen Anhangs nach dem Kriege im schlechtesten Maß bei der übergebenen Mehrheit des deutschen Volkes stand. Mit der Firmenänderung haben sie ihre politische Auffassung nicht geändert. Sie sind heute noch Monarchisten und Militaristen und scheuen kein Mittel zur Wiederaufrichtung des ehemaligen monarchistischen Obrigkeitsstaates. Neben einer gemeinen Pressehege gegen treue Republikaner,

mordet man hervorragende Führer

solcher Parteien, welche den heutigen Staat und seine Verfassung führen. Daraus ergibt sich, daß der Volksstaat immer noch sehr stark bedroht ist; ihn zu sichern und zu festigen, gebührt mit zu den vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die jetzige Regierung des Reiches, welche den Volksstaat von den sabotierenden Beamten reinigt, die Republik und die Volkswirtschaft gegen die Angriffe der Militaristen und Nationalisten schützt und die Verwaltung und Justiz demokratisiert, wird jederzeit auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen können.

Diese fast ausschließlich reichspolitischen Fragen werden im Wahlkampf eine hervorragende Rolle spielen. Bemühen sich die bürgerlichen Parteien vor dem Kriege den Wählern beizubringen zu machen, daß Reichs- und Landespolitik nicht miteinander gemein hätten, so ist diese Auffassung gründlich zertrütert durch die neue Reichsverfassung, in welcher der Grundstein für eine deutsche Einheitsrepublik gelegt ist. Das Reich hat sich deshalb das Recht der Gesetzgebung gesichert über Fragen, die früher ausschließlich zur Zuständigkeit der Bundesstaaten gehörten. So ist ganz allgemein bestimmt:

Reichsrecht bricht Landesrecht.

Auf dem Gebiete des Schulwesens kann das Reich durch ein Grundgesetz die Richtung des Neuaufbaues bestimmen. Die Veränderung der Grundlagen unserer Wirtschaft durch Bergesellschaftung usw. gehören ausschließlich zur Zuständigkeit des Reiches. Außerdem ging die Finanz- und Steuerverwaltung und die Verwaltung der Eisenbahnen auf das Reich über. Auf Grund dieser erweiterten Zuständigkeiten des Reiches sind der Landespolitischen Tätigkeit enge Grenzen gezogen.

Obwohl dem so ist, so sind die landespolitischen Aufgaben nicht unwesentlich für den Neuaufbau des Reiches und seiner Wirtschaft. Reich und Länder sind heute viel enger miteinander verbunden, ihr getrenntes Arbeiten ergänzt sich gegenseitig. Für den Aus der Reichspolitik bildet die Politik der Einzelländer einen nicht zu unterschätzenden Faktor; denn die Länder sind durch ihre Vertretungen im Reichsrat in der Lage, die Reichsgesetzgebung entscheidend zu beeinflussen. Die Einwirkung der Länder auf die Reichsgesetzgebung wird der Zusammenlegung der Länderregierungen und ihrer parlamentarischen Vertretung entsprechen. Ein ganz sozialistisch beeinflusster Reichsrat wird bestimmt bessere Gesetzentwürfe zur Verfertigung, für den Aufbau der Schule, für Ausgestaltung der sozialen Fürsorge und des Arbeitsrechts, für Schaffung von Verbrauchern u. a. m. an dem Reichstag bringen, als ein ausschließlich aus bürgerlichen Vertretern bestehender Reichsrat. All das bestätigt die große Bedeutung der landespolitischen Aufgaben; deshalb sind die Wahlen zum badischen Landtag nicht minder wichtig, als jene zum Reichstag.

Welche Bedeutung haben nun die badischen Landtagswahlen? und um was wird gekämpft, wird man fragen. Diese Frage zu beantworten, will ich mich in folgenden Ausführungen bemühen. Mit der Schaffung des parlamentarischen Regierungssystems ist die Wahl der Landtagsabgeordneten gleichfalls die Wahl der Regierung geworden, da heute die Minister von der Volksvertretung gewählt werden müssen. Wie sich die Regierung zusammensetzt, kann dem wertvollen Volke durchaus nicht gleichgültig sein.

Eine rein sozialistische Regierung wäre ideal; sie kam bis jetzt nur in solchen Ländern zu Stande, wo sich bei der Wahl sozialistische Volksmehrheiten ergaben. Für Baden traf das nicht zu, deshalb beteiligte sich die Sozialdemokratie an einer Koalitionsregierung mit dem Zentrum und der Demokratischen Partei. Bei der Stärke unserer Partei im Landtag und in der Regierung war es bis jetzt möglich, eine unserer Stärke gerecht werdende, befriedigende Politik zu machen. Die geleistete Arbeit im ganzen kann ich übergehen, da dieselbe eine vorzügliche Würdigung durch den Genossen Grünbaum in mehreren Artikeln der Parteipresse erfahren hat, deren Studium der Parteigenossenchaft aufs Wärmste zu empfehlen ist. Da auch nach der Neuwahl des Landtages in Baden nur eine Koalitionsregierung möglich sein wird, gilt für den Eintritt der Sozialdemokratie in eine solche, daß

1. die in die Regierung eintretenden Parteien sich ohne Bedenken zur Verfassung der Republik und deren Schutz bekennen.
2. Der Einfluß der Sozialdemokratie so stark ist, daß eine Politik getrieben wird, die von ihrem parteipolitischen Standpunkt aus vertretbar ist.

An den Wählern liegt es daher, sich der Bedeutung ihrer Entscheidung bewußt zu werden. Ministerposten sind heute politische Machtpositionen, die ohne Not nicht preisgegeben werden dürfen. Gerade die jetzigen Vorgänge betätigen das aufs Nachdrücklichste. Mit dem Erstarken der Reaktion ist es wahrlich nicht gleichgültig, in wessen Händen die Polizeiverwaltung ist; welche

Begünstigung wäre es heute für die Reaktion, wenn noch eine sozialistische Reichsregierung vorhanden wäre. Es stände sicher um den Bestand der Republik und den in der Verfassung verankerten Volksrechten bedeutend schlimmer. Ebenso sind Ministerposten wichtig für den weiteren demokratischen Ausbau der Bezirksverwaltung die Säuberung der Verwaltung von den den Volksstaat sabotierenden Beamten, Reorganisation der Polizei zu einer zuverlässigen Schutztruppe für die Republik und ihre Verfassung. Für die Bekämpfung der Erbschaftsverbände und der sonst von den Reaktionären für den gewaltsamen Umsturz des heutigen Staates unterhaltenen Vereinigungen bietet ein sozialistischer Minister die beste Gewähr. Die Wichtigkeit dieser Aufgaben bestärkt die energische Kampf des Genossen Remmele als Innenminister gegen die Erbschaft in Baden. Durch seine Arbeit wurden den badischen Erbschaften rund 5000 Gewehre und Karabiner, etwa 100 große und kleine Maschinengewehre, rund 1000 Seitenwaffen und viel sonstiges Munitionsmaterial abgenommen. (Bravo!) Aus alledem erwächst uns die Pflicht, den Wahlkampf zu führen unter dem Gesichtspunkte:

Stärkung des sozialistischen Einflusses im Landtag und der Regierung.

Das größte Sorgenkind der politischen Arbeit ist die Finanz- und Steuerpolitik.

Durch die Beseitigung der Steuerhöfheit der Länder und Gemeinden wird ein steter Kampf entbrennen mit dem Reich, um die Anteile an den Reichsteuern für die Länder und die Gemeinden. Für eine selbständige Steuerpolitik durch die Gemeinden und Länder dürfte sehr wenig mehr bestehen, da das Reich fast alle Steuerquellen ausschöpfen muß, um die aus dem verlorenen Krieg entstandenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Der verlorenen Krieg, dessen Ausgang durch die Politik der Kriegsverlängerung, von den Trägern des früheren monarchistischen Obrigkeitsstaates verschuldet worden ist, hat eine ungeheure Schuldenlast auf den Staat und damit ein Sinken des Geldwertes und eine Verarmung Deutschlands gebracht. Hart und kaum erfüllbar sind die Verbindlichkeiten durch den Friedensvertrag auferlegten finanziellen Verpflichtungen. Da der heutige Volksstaat den verlorenen Krieg liquidieren muß, ist ihm für die Steuerpolitik die Freiheit der Entscheidung begrenzt, dem Artikel 248 des Friedensvertrages bestimmt:

Alle Vermögenswerte und Einnahmequellen Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten hatten an erster Stelle für die Bezahlung der Wiederherstellung und aller anderen Verpflichtungen, die aus dem vorliegenden Vertrage oder aus allen ihn ergänzenden Verträgen und Abmachungen oder aus Vereinbarungen hervorgehen, die zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten während des Waffenstillstandes und dessen Verlängerung abgeschlossen wurden.

Die Ententemächte haben hier also Vorzüge getroffen, daß die Friedensbedingungen auch erfüllt werden. Für die Sozialdemokratie erwächst aus dieser Sachlage die Aufgabe, sich dafür einzusetzen, daß die Steuerlasten entsprechend der Leistungsfähigkeit auf die Gesamtbevölkerung verteilt werden. Auf Erfüllung des Friedensvertrages wird jeder Einwohner mit 900 Wöhenlich ist der Finanzbedarf des Reiches. Allein zur Erhaltung des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der Kreise, der mindestens pro Einwohner gleich hoch ist. Es ergäbe sich daraus eine Belastung für eine 5 köpfige Familie von 9000 M pro Jahr. Durch direkte Steuern die erforderlichen Beträge aufzubringen ist selbst dann unmöglich, wenn man die Einkommen mit mindestens 40 Prozent und ansehnend bis zu 80 Prozent besteuern würde. Zugerechnet, daß durch direkte Steuern allein der Finanzbedarf nicht zu decken ist und indirekte Steuern nicht zu umgehen sind, so wird das neue Steuerpaket der Reichsregierung gleichwohl den Bedürfnissen des wertvollen Volkes nicht im Entferntesten gerecht. Die soziale Not der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Sozial- und Kleinrentner werden in demselben nicht berücksichtigt. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diesen Steuerfragen ein Gesicht der sozialen Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit zu geben. Beschränkung der Steuern auf den tatsächlichen Verbrauch, höhere Belastung des Reiches, sowie Erhöhung der sogenannten Luxus- und Grunderwerbsteuer muß dabei das Leitmotiv sein.

Sind die badischen Staatsfinanzen bis jetzt noch halbwegs geordnet, so kommt hierfür der Sozialdemokratie das Hauptverdienst zu; denn durch ihre Anträge auf Erhöhung der Vermögenssteuer bei den höheren Vermögen wurden der badischen Staatskasse die erforderlichen Beträge zugeführt. Alles Jammer und Heulen der Industrie, des Handels, des Gewerbes, der Landwirtschaft hilft da nichts. So wie die Lohn- und Gehaltsempfänger den Steuerhagel hinnehmen und eine Gefandung der Finanzwirtschaft herbeiführen, ist auch von den übrigen Ständen zu verlangen, daß sie steuerlich das leisten, was ihren Verhältnissen entspricht. Immer noch können in Deutschland Schieber- und Wuchererwinne gemacht werden. Aufrechten wirkt das

verschwenkerische Leben und Treiben der Schieber und Wucherer.

Sie werden sich so zu fassen, um ihnen Luxus und Schlemerei zu beschränken, gehört mit zu den nächsten Aufgaben des Staates, bei deren Erfüllung auf die tatkräftigste Unterstützung der Sozialdemokratie zu rechnen ist. Ferner müssen Gewinne, die sich in Dividendenverteilungen bis zu 50 Prozent und mehr auswirken, zum größten Teil erfaßt werden, um so eine allmähliche Gelbung unserer Finanzwirtschaft herbeiführen. Die Sicherung des Arbeitsvertrages zur Verwendung für die Allgemeinheit wird eine immer dringendere Notwendigkeit, soll Deutschland vor dem finanziellen Zusammenbruch gerettet und die weitere Verelendung hintangehalten werden. Nur durch eine planmäßige Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise, durch deren Erhebung durch die Gemeinwirtschaft, ist ein gesunder Wiederaufbau Deutschlands und mit ihm Europas möglich.

Gleich wichtig für den Wiederaufbau ist die Pflege unserer Wirtschaft- und Sozialpolitik.

Ausgehend von dem Grundsatz: Nur Arbeit kann uns retten, muß jede Gelegenheit wahrgenommen werden, um Arbeit zu schaffen. Die für Baden bereits beschlossene Ausmündung der Wasserkräfte durch die Landeselektrizitätsversorgung, der Refektionalisation, muß in erhöhtem Maße die Kultivierung von Obst- und Brachland folgen, um dadurch die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Das Siebelungsweesen darf trotz des Mißerfolges mit dem Dagenschickunternehmen nicht vernachlässigt werden. Um Arbeitsplätze großen Stils zu schaffen, ist die Bautätigkeit zu heben. Dazu liegt ein dringendes Bedürfnis vor, um dem Wohnungsnot und der Wohnungsnot zu steuern. Die große Wohnungsnot ist gleichfalls eine Folge des Krieges, da durch das allgemeine Bauverbot neue Wohnungen nicht erstellt wurden. Baden hat seit dem Jahre 1919 vieles geleistet. Staat und Gemeinden haben zur Bewährung von Baukostenzuschüssen und Baudarlehen von 1919 bis 1921 rund 200 Millionen Mark aufgewendet. Trotz des großen Betrages ist die Wohnungsnot nicht beseitigt oder erheblich gelindert worden, da der Bedarf ein zu großer ist.

Neue Wege bezüglich Bänderung der Wohnungsnot müssen gegangen werden.

Dem jetzigen Landtag liegt noch ein Gesetzentwurf vor, wonach 210 Millionen Mark Staatskredit für diesen Zweck eröffnet werden sollen. Zur Bänderung der Wohnungsnot beizutragen, ist Pflicht all derer, die heute Wohnungen haben, damit auch ihre Nebenmenschen Wohnungen erhalten. Daher ist eine entsprechende Wohnabgabe, sozial ausgestattet, auch von der Sozialdemokratie zu unterstützen.

Mit der Aufnahme der Bauartigkeit hebt sich die Beschäftigungsmöglichkeit, wovon alle Berufe profitieren und eine Verzögerung der Erwerbslosen sich als erfreuliche Folge zeigen wird. Für den weiteren Ausbau der Erwerbslosenfürsorge durch eine Erwerbslosenversicherung und der Verbesserung der sozialen Fürsorge im allgemeinen, wird sich die Sozialdemokratie einsetzen und den schärfsten Kampf führen für die Erhaltung des Achtstundentages.

Besonders angelegen sein lassen wird sich die Sozialdemokratie den Ausbau des Arbeitsrechts durch Demokratisierung der Betriebe. Unterstützung erhält durch sie die Arbeiter- und Beamtenchaft zur Erlangung zeitgemäßer Einkommensverhältnisse; soweit die Reichsbevollmächtigte für die Staats- und Gemeindebeamten in Frage kommt, wird sie sich nachdrücklich für eine sozial gerechte Regelung der Ernennungs- und Entlassungssachen, für die Verringerung der Gruppen und der Gewährleistung eines Existenzminimums einsetzen. Für dieses hat sich die Partei eingesetzt, trotz der Lügen der bürgerlichen Parteien.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen bürgerlicher Agitatoren und des neuauftretenden Landbundes, die Sozialdemokratie habe für die Landwirtschaft nichts übrig, wird unsere Partei zur Förderung der Landwirtschaft auch in der Republik die ihr gebührende Beachtung erhält, beweist, daß für sie in den Voranschlagsjahren 1920/21 mit Zustimmung der Sozialdemokratie über 5 1/2 Millionen Mark aus badischen Staatsmitteln bewilligt wurden. Die Sozialdemokratie weiß sehr gut, daß die Förderung der Landwirtschaft und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist. Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, wird die Sozialdemokratie jederzeit bereitwillig unterstützen. Sie wird auch weiterhin beweisen, daß sie die beste Freundin der Kleinbauern ist.

Strafrechtspflege.

Immer mehr wird die Justiz ein Instrument der Reaktion. Trotz Weimarer Verfassung bewegt sich die Rechtsprechung noch vielfach in vorverurteilenden Bahnen. Wilde Urteile werden gefällt, wenn der Schieber ein Hohenzollernprinz ist oder wenn es sich um einen antisemitisch-alkoholischen Redakteur handelt, und Ehrenmann bleibt Ehrenmann, wenn der Soldatensöhner Ein. Müller heißt. Verwaltungsbeamte, wie Baumann in Baden, verweigern den Eid auf die neue Verfassung und wollen dafür auch vom Staate Pensionen erhalten. Ein Richter Weeber in Pforzheim erlaubt sich die gemeinsten Beschimpfungen des Volkstaates. Anpassung der Rechtsprechung an die neue Verfassung und Aufhebung der Ungekbarkeit der Richter sind dabei das Ziel der Sozialdemokratie. Neben diesen materiellen und verwaltungsrechtlichen Fragen verdienen die Fragen der

Vollbildung und Volkserziehung

die ihnen zukommende Würdigung, unsemehr, da heute unsere Schulen, insbesondere die Hoch- und Mittelschulen, Indikatoren der Reaktion, der Hakenkreuzler u. a. m. sind. Für die Notwendigkeit der Reform des Schulwesens gilt das gleiche, wie für die Reform der Rechtspflege. Auch hier hat die Anpassung an den Geist zu erfolgen, aus dem die Reichsverfassung entstand. Eine Verkümmern der republikanischen Auffassung schlimmer Art ist es, wenn heute deutsche Universitäten den Massenmörder A u b e r g zum Ehrendoktor machen. „Die Wahrheit wird Euch frei machen“, lautet die herrliche Inschrift der Freiburger Universität. So schön dieser Spruch auch klingt, ist er eine Schande, so lange sich die Hochschulpredigten zum Verbreiter der deutschnationalen Lügen über den Kriegsausgang und seine Folgen machen; sie schänden damit diese Bildungsinstitute, von denen Wahrheit, Objektivität und Gerechtigkeit gewickelt und die Menschenverehrung gefördert werden sollte. Eine Reform an Haupt und Gliedern ist dringend notwendig geworden.

Im allen im Volke keimenden und aufstrebenden Kräften und Fähigkeiten freie und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten, fordert die Sozialdemokratie den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens nach dem Grundsatz:

daß jedem Kinde der unentgeltliche gleiche Bildungsgang offensteht von der Volksschule bis zur Universität.

Im einzelnen fordert die Sozialdemokratie die Einheitschule mit der Volksschule als Grundschule, auf welche dann die Mittelschulen und Hochschulen, sowie die Fortbildungsschulen aller Arten aufzubauen sind. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Bessere Ausbildung der Lehrerschaft. Die Verwaltung der Schul: durch den Staat, den Gemeinden, den Eltern und der Lehrerschaft zu bildenden Vertretungsgremien. Die volle Verstaatlichung der Schule und Übernahme aller Schullasten vom Staat. Beschränkung der Schüler in einer Klasse auf 40. Als Bildungsziele erachtet die Sozialdemokratie die Veranberung eines Geschlechts, das sich der Verantwortung für alles öffentliche Geschehen bewußt ist und getragen ist von der Erkenntnis des Aufeinanderangewiesenseins und der Zusammengehörigkeit der Menschen.

Eine solche Schule darf keine Scheidung der Kinder nach der Konfession vornehmen. Wir sehen uns deshalb für die Erhaltung der badischen Simultanschule ein. Erhaltung des Religionsunterrichts ist nicht Sache der Schule, sondern ausschließlich Aufgabe der Religionsgemeinschaften. Auf kirchenpolitischen Gebiet hat der nächste Landtag den Vertrag über die Weitergewährung der staatlichen Dotationen an die Kirchengemeinschaften zu erneuern und damit den letzten Schritt zu tun, ob die Trennung von Staat und Kirche in Baden durchgeführt wird. Das Zentrum sträubt sich und rüstet für den Kampf um Wiedergutmachung der Säkularisation der Kirchengüter, ihm rufen wir zu: „Was hinter uns liegt, ist erledigt; wer will heute noch feststellen, ob alle säkularisierten Kirchengüter rechtmäßig in den Besitz der Kirche kamen.“

Nun zum Schluß noch einige Bemerkungen zu den im Wahlkampf auftretenden Parteien.

Wir müssen den Zweifrontenkampf nach rechts und links führen. Unsere Stellung zu den Linksparteien, der U.S.P. und K.P. wäre höchst einfach, wenn von diesen beiden Parteien eingesehen würde, daß die Verhinderung des Proletariats die Reaktion stärkt und daß sie dieserhalb den Bruderkampf einleiten, um nachdrücklicher den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien aufzunehmen. Es gibt keinen Sozialdemokraten, der nicht jene Stunde begrüßen würde, in welcher auch organisatorisch die proletarische Einheitsfront wieder hergestellt wäre. Eine geschlossene Phalanx des Proletariats bedeutet die Sterbeshunde der Reaktion und die Stärkung der Macht der Arbeiterklasse. Wir wünschen deshalb im Interesse der Schaffenden schließlich, daß die Wiedervereinigung der getrennt marchierenden sozialistischen Parteien recht bald Tatsache werden möge. Ob sich dieses Erkenntnis bei der U.S.P. und K.P. schon durchgesetzt hat, bleibt abzuwarten. Unsere Stellung ihnen gegenüber ist die, daß jeder Kampf über parteipolitische und sonst interne Partei-

fragen solange vermieden wird, als man uns nicht von diesen Parteigruppen zur Abwehr zwingt. Werden wir zum Abwehrkampf gezwungen, so wird derselbe mit größtem Nachdruck geführt. Von der U.S.P. und K.P. wird es abhängen, wie der Landtagswahlkampf geführt werden wird.

Die bürgerlichen Parteien, von der demokratischen Volkspartei bis hinüber zu den deutschnationalen sind für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und damit für die Verewigung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln. Nach ihrer Ansicht baut sich eine lebensfähige Volkswirtschaft nur auf das Privateigentum und die Eigenwirtschaft auf. Die Sozialisierung wird von ihnen allgemein verworfen. Durch unbedeutende Teilsozialisierung und bescheidene Sozialpolitik versuchen sie, die kapitalistischen Auswüchse etwas zu beschneiden. Mit solchen Mitteln ist der Wiederaufbau Deutschlands andenkbar. Hier heißt es ganze Arbeit im Sinne des Sozialismus zu machen. Die Zeit der Politik: wach mir den Pelz und mach mich nicht naß, ist ein für allemal vorbei.

Die Demokraten bekennen sich zwar zur Weimarer Verfassung, haben aber sehr viele unsichere Kantonsisten in ihren Reihen, die bei einem Sieg der Reaktion sich wieder mit dem alten Obrigkeitsstaat abfinden. Technisch unzuverlässig ist ihre Haltung in der Frage der Aufhebung der Staatsdotationen an die Religionsgemeinschaften und der Einführung des Religionsunterrichts in den gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen.

Aus ihren Reihen kam der Antrag auf Durchsicherung des Achtstundentages.

Das Zentrum in der Zeit des Kulturkampfes radikal und demokratisch, ist in seinem Grundcharakter auch privatkapitalistisch. Es fordert durch staatlichen Zwang die Einführung des Religionsunterrichts in allen Schulen und Entzerrung all jener Lehrer, welche auf ihr verfassungsmäßig gewährleistetes Recht pochen, die Erteilung des Religionsunterrichts verweigern. Bei Nichterfüllung dieser Forderung kündigt es die Beschlagung der Simultanschule und die Wiederaufhebung der Konfessionsschule an. Das Zentrum wird den Wahlkampf führen unter der Parole: die Religion ist in Gefahr und die Sozialdemokratie der Religionsfeindlichkeit zeihen. Mit diesem Wahltrick hat es wiederholt gute politische Geschäfte gemacht. Die Religion ist in Gefahr, durch das Zentrum ausgesprochen, heißt: das Zentrum ist in seiner Machtstellung gefährdet.

Für die Sozialdemokratie ist Religion Privatsache. Jeder seiner Anhänger kann in religiöser Hinsicht tun und lassen, was er will. Daß die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie Vorpiegelung falscher Tatsachen ist, beweist, daß heute der sozialdemokratischen Partei Badens 8 dienftuende Geistliche und 191 den Religionsunterricht erteilende Lehrer angehören. Keiner von ihnen hat bis jetzt ob ihrer religiösen Verletzung irgend welche Schwereitäten gehabt und wird auch keine erhalten; denn die Sozialdemokratie wird den Kampf nicht gegen die religiöse Auffassung, sondern gegen den

Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken

führen. In wirtschaftspolitischen Fragen übertragen beim Zentrum die agrarischen Interessen, es vernachlässigt sehr häufig die Interessen der Konumenten. Die Vertretung der Arbeiterfragen erfolgt bei ihm mehr der Not gehorchend als der Überzeugung folgend. Zur Regierungsbildung ist das Zentrum bereit, eine solche auch ohne die Sozialdemokratie vorzunehmen, falls es sicher ist, auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Regierung verzichtet zu können. Ähnlich hat sich Dr. Schöper in einer Versammlung in Freiburg i. Br. ausgesprochen und der Abgeordnete Wittmann erklärte in Karlsruhe, daß er sich abgründlich auf Grund seiner christlichen Weltanschauung von der Sozialdemokratie scheidet, doch arbeite er in der Regierung mit der Sozialdemokratie zusammen, weil es nicht anders gehe. Daraus ergibt sich, daß, wenn der Zeitpunkt gekommen ist und es anders geht, das Zentrum bereit ist, auch eine Politik gegen die Sozialdemokratie zu machen.

Die Deutsche Volkspartei

oder die früheren Nationalliberalen waren zur Zeit des indirekten Wahlrechts in Baden die Alleinherrscher, und zeichneten sich aus durch die Schärfe der Führung des Kulturkampfes und dem zähen Festhalten an dem indirekten Wahlrecht zur Erhaltung ihrer Vorherrschaft. Während ihrer Herrschaft durfte sich kein Beamter öffentlich zu einer anderen politischen Partei als zur nationalliberalen bekennen. Nach dem Zusammenbruch vereinigten sich die Nationalliberalen mit der demokratischen Volkspartei, um sich später unter dem Namen Deutschliberale Volkspartei wieder aufzurufen. Durch sie wird das Großkapital und der Handel vertreten. Angehört auf geschicktem Wege und durch freien Entschluß des Volkes will sie das Kaiserturn und die schwarz-weiß-rote Farbe wieder einführen. Die Deutsche Volkspartei ist in ihrem ganzen Wesen gegenrevolutionär in abgeschwächter Form. Von ihr hat das Proletariat wenig Hilfe zu erwarten.

Die Deutschnationalen und ihre Hilfstruppe, der Landbund

sind die Nachfolger der Konservativen, ihre Träger sind die politisch extremen Chauvinisten und Antisemiten. Sie verpötern die Rechte und Bewandlung, sind von Kriegslust solange besesselt, solange die anderen das Kanonensudor abgeben und ihre Anhänger große Kriegsgewinne machen können. Ihr Hauptziel ist Wiederaufrichtung der Monarchie und der Militärdiktatur. Sie hassen die Demokratie, das parlamentarische Regierungssystem und alle fortschrittlichen Erzeugnisse der Revolution. Sie stehen in schärfster Opposition zur Republik und ihrer Verfassung und bereiten den gewaltsamen Umsturz vor. Durch Förderung der Orgeß bewaffnen sie die Reaktion. Kein Mittel lassen sie unversucht, um wieder an das Staatsruder zu gelangen. Selbst vor dem Staatsstreich schreden sie nicht zurück. Bei einem Sieg der Deutschnationalen wäre es mit allen Erzeugnissen der Revolution vorbei. Dahin wäre das allgemeine Wahlrecht, das Koalitionsrecht, der Achtstundentag usw. Der politische Gegner wird in der niederträchtigsten und gemeinsten Weise bekämpft. Sie begnügen sich jedoch nicht mehr mit dem geistigen Kampfe, sondern greifen zu den Waffengewalt. Während zuerst nur Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten von der Ermordung bedacht wurden, traf das gleiche Schicksal in letzter Zeit den Zentrumsgewählten Erzberger, dessen Ermordung nur das Endergebnis der gegen ihn in der deutschnationalen Presse erfolgten Hetze war. Die Fortsetzung ihrer Politik der letzten Monate treibt unwillkürlich dem Bürgerkrieg entgegen und bringt Deutschland an den Rand des Abgrundes. Ihnen gilt der schärfste Kampf. Kein Sozialdemokrat darf im Kampf gegen die Deutschnationalen und ihrer Hilfstruppe, dem Landbund, erlahmen.

Der badische Landbund

ist eine Hilfstruppe der Deutschnationalen. Er ist gegen jede Regierung mit sozialdemokratischen Mitgliedern. Nicht dem Kleinbauern, sondern dem Interesse der Großgrundbesitzer will der Landbund dienen. Die Kleinbauern sollten vor seinen Wagnis gefrannt werden. Anlaßlich der großen Erregung des 12. 10. 1919, antwortete der badische Landbund auf die Ermordung Erzbergers, er warte die badische Landbund von der Regierung mit allen Maßnahmen einen etwaigen politischen Generalstreik zu unterstützen. Würde ein solcher Streik trotzdem ausbrechen, mühte derselbe mit einem Generalstreik des gesamten Landvolkes beantwortet werden. Die Kampfpläne des badischen Landbundes richteten sich in erster Linie gegen den Ausbau der Besitzsteuer.

Zu diesem Zwecke sind von den Landbänden der verschiedenen Gliedstaaten des Reiches Richtlinien ausgearbeitet worden, in denen man vor der Ausübung des Volkes, sogar der Kranken und Kinder, nicht zurückzuckt. Wir werden uns darauf einrichten haben, wenn uns diese Herren im Wahlkampf begen.

Noch stehen wir unter dem frischen Eindruck der gewaltigen Demonstrationen des 31. August zum Schuge der Republik und der Demokratie. Wir wissen, daß mit diesen gewaltigen Kundgebungen die reaktionäre Gefahr noch nicht gebannt ist, sondern daß sie erst die Einleitung der großen Kämpfe war, die jetzt an das deutsche Proletariat herantritt, und wenn die Arbeiterklasse nicht wieder unterliegen soll, dann gilt es zu arbeiten, um den sozialistischen Einfluß zu stärken. Die bevorstehende Landtagswahl bietet die beste Gelegenheit, den Reaktionen mit der Tat durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zu beweisen, daß sie beim Volke ausgespielt haben. Starke Wahlbeteiligung für die Sozialdemokratie ist notwendig. Je mehr wir an den Wahltag heranrücken, werden sich die Versprechungen der bürgerlichen Parteien an die Beamten, Arbeiter und sonstigen Stände steigern; wie immer, werden sie dann, nachdem die Wahl herum ist, ihre Versprechungen nicht einlösen. Deshalb müssen sich die Wähler nicht beirren lassen, sondern der Partei ihre Stimme geben, welche planmäßig und zielbewußt eine bessere Ordnung schaffen will. Das ist die Sozialdemokratie.

Ein frisch-fröhlicher Wahlkampf muß es werden. Vorkantstellen wollen wir demselben das, was in unserem Kampflied gesagt ist, nämlich:

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, In dem wir liegen, nun wach! Nicht predigen wir daß den Reichen, -: Nur gleiches Recht für Jedermann. -: Die Lieb soll uns zusammenketten, Wir strecken aus die Bruderhand, Aus geist'ger Schmach das Vaterland, Das Volk vom Elend zu erretten!

Das freie Wahlrecht haben wir, der sozialdemokratische Sieg müssen wir erringen. Den 30. Oktober so eger weitere Schritte auf dem Wege zum Sozialismus zu machen, dem gilt unsere Arbeit. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Die Diskussion

Abg. Genossin Waser:

Pflicht der Frauen ist es, dafür zu sorgen, daß die Wahlen uns einen Sieg bringen. Denn ihnen kommt die große Bedeutung zu. Die Zeit vor den Wahlen ist deshalb zu nutzen. Hieran haben die Frauen in hervorragender Weise teilzunehmen. Viele Frauen wenden sich wegen der leuzeren Lebensmittel von der Politik ab. Wir müssen jedoch daran denken, daß wir die Erbschaft eines vollkommenen zusammengebrachten Staates übernehmen. Dieses Elend kann keine Partei von heute auf morgen hemmen. Heute dulden die Rechtsparteien, die das Frauenwahlrecht bekämpfen, um die Gunst der Frauen. Vorwärts muß auch für die Frauen die Parole lauten, möge sie mit den Genossen um Erweiterung der Frauenrechte und Verbesserung des sozialen Loses arbeiten müssen. Am Wahlkampfe und an der Wahlarbeit mitzuarbeiten ist deshalb Pflicht der Frauen, um durch Demokratie zum Sozialismus zu kommen.

Graf-Förstheim weist auf die zwiespaltige Haltung der bürgerlichen Parteien hin und wünscht grundsätzliche Führung des Wahlkampfes. Wir müssen darauf dringen, daß die Demokratisierung der Verwaltung vorwärts schreitet und das reaktionäre Richterturn verschwindet.

Schwerdt-Karlruhe wünscht schärfste Kampfanfrage der Partei gegenüber der bürgerlichen Presse. Die Arbeiterchaft muß energisch für die sozialdemokratische Presse eintreten. Sie allein vertritt energisch die Arbeiterinteressen. Insbesondere müssen auch die Frauen auf die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse hingewiesen werden. Gerade die sog. Rabifalen sind es, die am meisten die sogenannte „unparteiliche“ Presse lesen. Die letzten Wochen haben zur Genüge bewiesen, wie es mit der „Unparteilichkeit“ der bürgerlichen Presse bestellt ist. Deshalb auf zum Kampfe für die sozialdemokratische Presse.

Ant-Lue weist auf die Schwierigkeiten des kommenden Wahlkampfes hin. Die Koalitionspolitik hat ihre Nachteile gehabt. Die Fürstentümer müssen entfernt werden. Im Unterrichtsministerium herrscht immer noch der alte Geist. Wir müssen die Arbeiterchaft zusammenführen.

Eisenacher-Güttinger weist auf die Waffenschulungen in Pforzheim hin und kritisiert die Verhöhnung der Urteile, wenn es sich um Arbeiter oder um andere Kreise handelt.

Walz-Sedenheim beleuchtet die politischen Vorlesommisse der letzten Tage. Wir müssen versuchen die Persönlichkeiten für unsere Partei zu bekommen, mit denen wir die Staatsverwaltung demokratisieren können. Insbesondere gibt die Unterrichtsverwaltung zur Kritik Anlaß. Wir müssen die Vanten für unsere Ideen gewinnen. Dies ist der unerlässliche Weg zu unseren Zielen.

Minister Remmel:

Ich halte es für dringend erforderlich, daß wir uns von einseitiger Betrachtung fernhalten. Wir müssen alle beruflich arbeitenden Kreise zusammenfassen zu suchen. Die sozialdemokratische Partei hat alle Kreise zu umfassen, die von ihrer Arbeit leben. Die Landwirtschaft ist leider zu einem Teil von einem Egoismus erfaßt, der ihr den Blick für die wirklichen Verhältnisse macht. Der Großgrundbesitzer möchte den Kampf gegen die Reaktion mit dem Arbeiterstreik beanthorten. Diese Drohungen des Landbundes schreden uns nicht. Wir allein Parteien, die sich ehrlich auf den Boden der Republik stellen, sind wir bereit zu arbeiten. Wir können uns hierbei jedoch nicht auf Erklärungen einlassen, die aus einer momentanen Zeitstimmung geboren sind. Wir müssen das ehrliche Bestreben zum Aufbau der Republik verlangen. Die reaktionäre Presse, die „Bad. Post“, die „Preisg. Zeitung“, die „Südd. Zeitung“ arbeitet mit persönlichen Mitteln gegen die Sozialdemokratie. Das Zentrum ist auf die Taktik des Landbundes zur Forderung der Sozialdemokratie nicht heringefallen. Es ist durchaus erfreulich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie sich zu sachlichem Kampfe bereit erklärt. An uns soll es hierbei nicht fehlen. Wir wollen den Kampf nobel führen. Die Kommunisten wollen anscheinend den Kampf anders führen. Sie scheinen sich nicht klar darüber zu sein, in welcher Gefahr sich die Republik befindet. Die Angriffe müssen mit der nötigen Energie zurückgewiesen werden. Wenn wir die Entwicklung in Baden und in anderen Ländern vergleichen, so können wir zufrieden sein, wenn auch Mängel vorhanden sind. Die Beamtenchaft stellt sich bei uns anders als im Norden. Es wird von der Regierung bei der Durchführung ihrer Verordnungen durch die Beamten auf Ordnung gesehen. Die Dinge sehen sich von außen oft anders an als sie in Wirklichkeit sind. Es ist nicht richtig, daß die Republik von den Beamten sabotiert wird. Wir müssen uns bewußt sein, daß ein Staatswesen zu seiner Entwicklung Zeit braucht. Verhältnisse, die sich in Jahrhunderten entwickelt haben, brauchen Zeit um umgeformt zu werden. In diesem Sinne wollen wir großen Mut unter Kampfeslust in den Wahlkampf gehen.

Amann-Heidelberg erklärt, daß die Ereignisse in Heidelberg am 1. August nicht nach dem Bericht der Telegraphen-Union beurteilt werden können. Wenn in Heidelberg zur Selbsthilfe gegriffen wurde, so sind die kritischen Verhältnisse in Heidelberg, das den Spott der Reaktion in Baden darstellt, zu berücksichtigen

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. Gen. Strobel weist in seinem Schlußwort auf die Notwendigkeit der Verbreitung der Parteipresse und eifrigste Wahlkampf hin und schließt mit einem Appell für den kommenden Wahlkampf.

Einstimmig angenommen wird folgender Antrag: Der außerordentliche Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand seinem alljährlichen Tätigkeitsbericht eine Heberliste beizufügen, über die Teilnahme der badischen sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten an den Fraktionen, Kommis-sions- und Plenarsitzungen des Reichs- und Landtags.

Über die Kandidatenvorschläge berichtet Strobel-Mannheim, der namens des Bezirksvorstandes den später angenommenen Antrag stellt, diejenigen Kandidaten welche keine 5 jährige Parteizugehörigkeit aufweisen, trotzdem auf den Wahlvorschlagslisten zu belassen.

Feststellung der Landesliste
Nach der kurzen Einleitung Strobel werden verschiedene Wünsche in Bezug auf Aufnahme in die Landesliste vorgetragen. An der Debatte beteiligen sich Seyl-Vieboldsheim, Hirt-Durlach-Aue, Eisenacher-Guttingen, Genossin Anecht-Durlach, Hirt-Erlingen, Staiber-Bruchsal, Schürer-Eggenstein, Wegler-Karlsruhe, Hirt-Mannheim, Hed-Wörzheim. Einzelne Vorschläge kritisieren die Vorschläge der Landesliste, während andere Redner für den Vorschlag der Landesliste eintreten. Insbesondere wurde angeführt der kommenden großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kämpfe der Arbeiterschaft vom Genossen Hirt-Mannheim auf die Notwendigkeit einer speziellen Vertretung der Gewerkschaften hingewiesen, was in der Aufstellung des Landesekretärs der Gewerkschaften Badens, Genosse Stod zum Ausdruck kommt.

Die Landesliste
Ist sich gemäß der vorgenommenen Abstimmung wie folgt zusammen:

1. Anton Weismann, Regierungsrat, Karlsruhe,
 2. Christian Stod, Landesekretär der Gewerkschaften, Heidelberg,
 3. Dr. Kullmann, Rechtsanwalt, Karlsruhe,
 4. August Schäff, Landwirt und Gemeinderat, Vöhlingen,
 5. H. G. Kaeber, Hauptlehrer, Vieboldsheim,
 6. Frau Edith Trautwein, Wörzheim,
 7. Prof. Endrich, Redargemünd.
- Die nächsten drei Kandidaten werden dem Bezirksvorstand zur Aufstellung überlassen.

Über die politische Lage im Reich

Reichstagsabgeordneter Oskar Wed-Mannheim:

Es sind wenig mehr als 10 Monate her, als in Baden-Baden ich die Ehre hatte, vor den gewählten Vertretern der Sozialdemokratischen Partei des badischen Landes über die politischen Aufgaben unserer Partei im neuen Deutschland zu sprechen. Ich brachte damals zum Ausdruck — und der Parteitag stimmte darin mit einmütiger und freudiger Zustimmung — das höchste Ziel der Politik unserer Partei im neuen Deutschland.

die Erhaltung der Republik
als Voraussetzung jedes weiteren Erfolges der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete in der Richtung des Sozialismus. Und ich bezeichnete den zunehmenden Umfang und die wachsende Reichweite, mit denen die monarchistischen Elemente unseres Volkes den Umsturz der republikanischen Verfassungen und die Wiederherstellung der vorkeislerlichen Staatsform anstreben, als den bedrohlichsten Gefahrenpunkt für den jungen Freistaat und damit für die ganze Zukunft des deutschen Volkes.

Die 10 Monate, die seit der Verfassung sind, haben dieser meiner Auffassung leider nur allzu recht gegeben. Frecher als je erhob gerade in den letzten Wochen in Deutschland die monarchistisch-militaristische Renterrevolution.

monarchistisch-militaristische Renterrevolution
Ihr Haupt. In den Parlamenten — in erster Linie im Reichstags — wurde die Sprache der Leute am Helfferich und Westarp von Woche zu Woche kühner und der Mut, mit dem sie, die Hauptkämpfer an unserem politischen und wirtschaftlichen Leben, die Anhänger der Republik herausforderten, immer größer. Und draußen im Lande mehrten sich die nationalstolischen, militaristischen Umgebungen aller Art, die unter dem Protektorat und unter persönlicher Teilnahme von Ludendorff, Hindenburg und den diversen ehemals kaiserlichen Bringen ins Leben gerufen wurden. Bis zu welcher Größe

die Gefahr für die Republik
In den letzten Tagen herangemachtem war, das zeigte mit erschreckender Deutlichkeit die Schüsse, die vor wenig mehr als einer Woche umher von hier auf eine der markantesten Persönlichkeiten des neuen Deutschland, den ersten Finanzminister der Republik und Vater der republikanischen Steuererhebung, den Bevollmächtigten des Reiches bei den Waffenstillstandsverhandlungen des November 1918, auf den Zentrumsgesandten Matthias Erzberger, abgegeben worden sind und ihn tödlich getroffen haben. Die

Verwirrung der Methoden
beran man sich seitens der Reaktion im Kampfe gegen Alles, was mit der Republik zusammenhängt, befindet, ist durch das Revolverfeuer der beiden Dakenkreuzer, die am 26. August den stillen Frieden unseres schönen Schwarzwaldes entweihten und in aller Welt den politischen Namen Deutschlands schändeten, in ein großes Blühtücht gerückt worden.

Kein Wunder, daß die ehrsüchtigen Freunde des deutschen Volkes — alle jene, die erkannt haben, daß Deutschland nur am Leben bleiben kann, wenn die Republik am Leben bleibt — durch den Anlaß der Schüsse auf den Anstaltsdirektor aufs unangenehmste aufgeschreckt worden sind. Wir müssen uns aber angesichts des ungeheuren Erstes der Lage doch fragen: Hat es für diejenigen, die die Dinge in Deutschland klar sehen,

dieser Schüsse erst bedurft,
um diese Gefahren zu erkennen? Oder mußte nicht auch ohne sie jedem der Augen hatte, zu sehen, und Ohren, zu hören, offenbar sein, daß gegen die in der Novemberrevolution begründete und in Weimar formell festgelegte neue Staatsordnung von politisch und gesellschaftlich einflussreichster Seite und mit Unterstützung weiter Kreise gerade der sog. Intellektuellen, vornehmlich aber aller Jener, die mit dem verlorenen Krieg und der Entmilitarisierung Deutschlands die beunruhigendste und wohlgeleitete Kutterkrippe und die bevorzugte gesellschaftliche Stellung verloren haben, seit langem die denkbar gefährlichsten Forderungen im Gange waren? Hier liegt — das muß offen bekannt werden — ein

schwerer Fehler der für unsere Politik Verantwortlichen
vor, der Regierungen sowohl wie der republikanischen Parteien, die es an der nötigen Energie im Abwehrkampf gegen die Feinde des Freistaates entschieden haben fehlen lassen. Die Gefahr für die Republik liegt nicht sowohl in der Stärke ihrer Feinde, als vielmehr in der Vertrauenslosigkeit, Gleichgültigkeit und

Lethargie ihrer Freunde,
die nicht begreifen wollen, daß es ein verhältnismäßig Leichtes war, den demokratischen Freistaat unter den Bedingungen der ersten Entzweiung über die Frevelaten des alten Systems äußerlich aufzubauen. daß es dagegen unendlich viel schwerer ist, ihn

unter der Auswirkung der ungeheuren Lasten, die der verlorene Krieg dem deutschen Volke auf die Schultern wälzte, zu erhalten gegenüber dem organisierten Ansturm derjenigen, die durch ihn ihre bedrohte materielle und gesellschaftliche Stellung verloren haben. Denn schließlich sind es im wesentlichen doch die materiellen Interessen, die hinter den Treibern unserer Monarchisten und Militaristen stehen, und die schwarz-weiß-rote Fahne ist nur der Mantel, unter dem sie diesen

hochverräterischen und gewissenlosen Egoismus
berbergen. — Wir freuen uns, feststellen zu können, daß man in Baden seitens der Regierung gegenüber den Treibern der Renterrevolutionäre, insbesondere der sog. Orgeß, mit Rücksicht und Entschiedenheit vorgegangen ist. Und ebenso können wir zugeben, daß die Politik der Parteien, die sich zur Republik bekennen, in Baden mit Erfolg den Gefahren der Renterrevolution entgegengetreten hat. Das erfreuliche Ergebnis war die verhältnismäßige

Ungefügigkeit der Wiederaufbauarbeit im Lande,
durch die ihm gewaltige Opfer, die andere deutsche Länder im Laufe der letzten 2 1/2 Jahre zu bringen hatten, erspart geblieben sind. Alles dies war jedoch nur dadurch möglich, daß unsere Partei in Baden vom ersten Augenblick nach dem Umsturz an — wie sie es als das Land mit der ältesten Konstitution im Reich, übrigens schon lange vorher getan hatte — eine

Politik ernster und verantwortungsbewusster Realität
machte unter Ausnutzung aller ihr zugänglichen Machtpositionen und unter Ablehnung jeder lediglich demagogischen, dafür aber umso unfruchtbareren Schmalz- und Profiteure. Es war sich vom ersten Tage der Republik an bewußt, daß die gesetzliche Form, die sich der deutsche Freistaat in seiner Reichs- und den verschiedenen Landesverfassungen gegeben hat, an sich wertlos ist, wenn nicht in der Deutlichkeit und Klarheit das lebendige Menschenmaterial dazu kommt, das ihr das warme pulsierende republikanische Blut einflößt. Wie vertritt sich mit dieser Erkenntnis aber das Verhalten unserer Parteigenossen beispielsweise im benachbarten Württemberg, wie jenes in Preußen, wo sie, ohne jede zwingende parlamentarische Notwendigkeit, im Laufe des letzten Jahres eine Reihe

wertvoller politischer Machtpositionen preisgaben,
in die die Reaktion dann natürlich mit Freuden einrückte? Hat man schließlich ein Recht, sich über das immer lecher werdende Auftreten der Reaktion zu beklagen, wenn man bergeheilt ihr selbst in den Sattel hilft?!

Freilich sind damit die Fehler nicht erschöpft, die seitens der Arbeiterschaft im Abwehrkampf gegen die monarchistischen Renterrevolutionäre gemacht worden sind. Doch es ist in erster Linie die Zerstückelung der deutschen Arbeiterschaft war, die das Hochkommen der monarchistischen Gegenbewegung ermöglichte, darüber brauche ich vor Ihnen kein Wort weiter zu verlieren. Wenn — wie es auch bei uns in Baden der Fall war — die Presse und Versammlungsagitation

der Parteien links von uns

bisher in erster Linie von der wildesten Hege gegen sozialistischen Mitglieder der Regierung lebte und in ihnen Tag für Tag den Freistaat und seine Einrichtungen herunterzerrte — mußte da nicht geradezu den Orgeß und Dakenkreuzern der Mut schwellen und die Hoffnung auf Erfolg ihrer räterevolutionären Treibern, wenn sie sahen, wie man von links her die Republik so wirkungslos untergrub, der man dann von rechts her nur noch ein paar frächtige Stöße berechnen zu brauchen glaubte, um sie sicher zu Fall zu bringen? Die proletarischen Parteien links von uns müssen heute, wenn sie ehrliche Leute sind, bekennen, daß die bedrohliche Lage, vor der wir im Innern heute stehen, mit ihr Werk ist, und daß die wichtige Lehre, die sie aus der augenblicklichen Situation zu ziehen haben, dahin lautet, daß sie umkehren auf der politischen Bahn, die sie bisher befolgt haben, und einsinken in den Kurs, den die Reichstagssozialdemokratie von allem Anfang der Republik an gesteuert hat: den des

ehrlichen Bekenntnisses zur Demokratie
und zur praktischen Mitarbeit auf dem Boden der republikanischen Verfassungen. Ein Recht zur Anklage gegen die verbrecherischen Treibern der Reichstagsparteien von rechts, deren jüngste Schandtat der Mord an Erzberger ist, haben nur jene, die auch dem Volksbekenntnis von links von allem Anfang an grundständig und mit Entschiedenheit entgegengetreten sind; und zu diesen Politikern gehört die Partei zunächst links von uns nicht.

Es war der Grundfehler der bisherigen Politik der deutschen Arbeiterschaft, daß sie — um mich militärisch auszudrücken — die in der Novemberrevolution mit verhältnismäßiger Leichtigkeit eroberten Positionen verließen zu können glaubte, ohne erst

das Gelände richtig gesichert
zu haben, das sie damals gewonnen hatte. Wie konnte man im Ernst hoffen, den Sozialismus oder gar die kommunistischen Utopien zu verwirklichen, ehe man die Republik in ihrem Bestande gesichert hatte? Indem man die Kampftruppen des Proletariats zu solchen Aktionen vorstieß, entschloß man die kann erst eroberten republikanischen Stellungen in den Händen und im Rücken und gab sie dem Ansturm der monarchistisch-militaristischen Reaktion preis, die sich im Rücken unserer Front erhob und uns

die Basis unserer ganzen Kampfoperation zu entscheiden
drohte: ihre verfassungsmäßige Grundlage nämlich, ohne die wir genau so in Bürgerkrieg und Chaos verinken würden, wie wir dies drüben im bolschewistischen Rußland sich abspielen sehen. Man soll bekanntlich nicht nach der Taube auf dem Dache greifen, wenn man einen Sperling in der Hand hat. Ein Teil der sozialistischen Parteien tat bei uns bisher leider das Gegenteil und so haben wir nicht nur die sozialistische Taube auf dem Dache nicht erreicht, sondern laufen auch noch Gefahr, daß uns der republikanische Sperling davonfliegt.

Was jetzt in Deutschland zunächst zu tun ist, das ist

die Sicherung der Republik
und ihrer verfassungsmäßigen Grundlagen als Voraussetzung jeder weiteren geordneten Entwicklung unseres nationalen Lebens überhaupt wie auch insbesondere in der Richtung zum Sozialismus. Dazu reichen die Kräfte der Arbeiterschaft allein jedoch nicht aus. Sie müssen sich vielmehr methodisch mit allen jenen vereinen, die gleich ihnen auf dem Boden der freistaatlichen Verfassung stehen. Von der Anwendung der auf dem Prinzip der Gewalt aufgebauten Methode der Natur einer Minderheit kann heute nach den Erfahrungen, die Rußland damit gemacht hat, für vernünftige Menschen keine Rede mehr sein; die politische Demokratie allein vermag uns sicher, wenn auch nur Schritt für Schritt, zum Ziele zu führen. Diese jetzt aber für alle politischen Aktionen eine Mehrheit des Volkes und damit der Volksvertretung in den Parlamenten voraus, und diese Mehrheit gilt es zu schaffen. Mit anderen Worten: die

Idee des Blochs aller Republikaner zur Verteidigung der Weimarer Verfassung
muß jetzt in die Tat umgesetzt werden. Um sie zu verwirklichen, bedarf es vor allem der Mitwirkung der Partei der Unabhängigen. Ist die Front von den Deutschdemokraten über das Zentrum und die ihm nächststehenden kleinen parlamentarischen Gruppen zu den Reichstagssozialisten und von diesen zu den Unabhängigen geschlossen, d. h. also zwischen allen Parteien, die sich grundsätzlich zur Weimarer Verfassung bekennen, so ver-

mag — in den Parlamenten wenigstens — kein noch so heftiger Ansturm die Republik zu erschüttern. Als

in Frankreich
f. Zt. die Republik gegen die liberal-republikanisch-militarische Reaktion um ihre Existenz rang, entzündeten die Sozialisten die Richtung von Jean Jaurès ihren Parteigenossen Millerand — er hat sich inzwischen auf dem Wege der Rückwanderung zum bürgerlichen Republikaner zur höchsten Ehrenstellung im Staat aufgeschwungen — in das links gerichtete Kabinett Waldeck-Rousseau, um die drohende Gefahr zu bannen. Selbst Karl Kautsky, der heute noch auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie steht, billigte damals diesen Schritt, und die jetzige politische Entwicklung in Frankreich hat ihm recht gegeben. Der Bloch, gebildet aus

bürgerlichen Republikanern und Sozialisten,
hat die französische Republik gerettet und ihr die innere Festigkeit und ruhige Entwicklungsmöglichkeit gegeben, ohne die sie die furchtbaren Stürme des Weltkrieges nie und nimmer hätte überleben können. Lernen wir aus diesem geschichtlichen Beispiel! Und beginnen wir zu erkennen, daß es für den gegenwärtigen Augenblick der Gefahr völlig gleichgültig ist, wie die Parteien, die jetzt in Deutschland zur Bildung eines derartigen Blochs der republikanischen Verteidigung berufen sind, über die oder jene Zukunftsfrage denken, die jetzt noch nicht zur Entscheidung steht! Lassen wir vielmehr alle Kräfte jetzt zur Erreichung des nächsten und wichtigsten Zieles zusammen und bewahren wir das Volk damit vor einer Entwicklung, die nicht etwa zur Wiederherstellung der Monarchie — denn die ist in Deutschland heute unmöglich — sondern zur Anarchie und damit zum Chaos und zum

Untergang von Reich und Volksgemeinschaft
führen würden!
Wenn unsere Partei sich aber zu dieser verantwortungsbewussten, beherzten und auf das Interesse des Volksganzen eingestellten Realpolitik bereit erklärt, so kann sie andererseits aber auch verlangen, daß einerseits die republikanischen Parteien bürgerlicher Richtung das selbe tun und andererseits die Regierungen des Reichs und der Länder alle Handhaben benutzen, die ihnen die Verfassungen zum Schutze der Republik bieten.

Was die Regierungen betrifft, so haben sie sich bisher leider nur allzu sehr

von der Reaktion auf der Nase herumtanzen
lassen. Die Langmut und Rücksicht, die sie den freien Verbündungen und Herabwürdigungen in deutschen nationalen Mätern und Versammlungen und bei tausend anderen Gelegenheiten, ja selbst den eindeutigen Aufforderungen zu gewaltsamen Anschlägen auf die Verfassung und ihre Repräsentanten entgegensetzten, wurden ihnen von jener Seite lediglich als Schwäche und als Zugeständnis der eigenen Unfähigkeit ausgelegt und wirkten so nur als Anreiz zu immer kühneren und schärferen Vorstößen. Derselben Kreise, die früher, im monarchisch-militaristischen Obrigkeitsstaat, auch den schäblichsten Anschlag auf die „von Gott gewollte Ordnung“ mit der

Zuchthausgeißel des Sozialistengesetzes
ahndeten, sie nehmen heute das Recht für sich in Anspruch, die neue Staatsordnung — die, da sie einmal da ist, doch wohl gleichfalls von Gott gewollt ist — in ungehemmter und bedenkenlosster Weise zu verlästern und zu belächeln und ihren Umsturz in aller Öffentlichkeit systematisch vorzubereiten. Sollen wir deutsche Sozialisten unter dem Schandbühnen ungeliebten Angebens auch nur den hundertsten Teil dessen ansetzen, die „bestehende Ordnung“ unternehmen, was heute die Wäber und Freunde jener Gesetzgebung sich gegen die Republik erlauben die Gefängnisse und Zuchthäuser ganz Deutschlands hätten nicht ausgereicht, um alle die „Unzüchtler“ zu fassen. Dabei strebte Deutschland damals von innerer und äußerer Kraft, brauchte also von dem angeblich gewaltsamen Umsturz, der dem Reich nach Ansicht der „Staatsbankrottenden“ drohte, nicht die mindeste Angst zu haben, während es heute nur mühsam um Puls und Atem ringt und durch die geringste Erschütterung

völlig zusammenbrechen kann.

Es ist bezeichnend für den Geist und die Moral, die die Feinde des republikanischen Deutschlands befeuern, daß sie die Courage, die ihnen in den ersten Monaten nach dem Novembersturm völlig verloren gegangen war, in denselben Maße wieder fanden, wie sie merkten, daß die Republik jenen freien politischen Spielraum gewährte, den sie selbst, als sie noch in der Nacht waren, ihren Gegner beharrlich verweigert hatten. Wo sind

die Märtyrer der Idee,
die das Sozialistengesetz in Deutschland zu Tausenden hervorgebracht hat, unter den heutigen Deutschnationalen, den Orgeßleuten und Dakenkreuzern? Keinen einzigen sehe ich auf weiter Fern! Wenn sie etwas gegen das Gesetz verübt haben, es „müde“ wegzulegen, den politischen Gegner feige menscheln und dann in der Dunkelheit verschwinden — so sehen die „Felden“, aus die der Kreuzzug der Wilhelmener gegen das freisinnliche Deutschland bis jetzt geboren hat!

Aber auch in seinen Methoden hält der Kampf der im November 1918

politisch und gesellschaftlich Depotschieren
gegen die republikanische Neuordnung Deutschlands den Vergleich mit dem Heroenzeitalter des Sozialistengesetzes in keiner Hinsicht aus. All das, was wir auf jener Seite bisher sahen, vom Kapp-Putsch bis zum Mord an Erzberger, und wir bisher Tag für Tag in der Orgeß- und Dakenkreuz-Presse lesen, ist nicht, wie der Kampf des wissenschaftlich begründeten Sozialismus gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung es von allem Anfang an war, ein Kampf mit den Waffen des Geistes, den heute die Verfassung schützt, wie sie ihn damals hätte schützen sollen, nein: Das ist der Appell an die brutalsten und einstimmigsten Instinkte der unteren politischen und gesellschaftlichen Vorrechte Gebrachten, ist nicht eine politische Kampfweise der westeuropäischen Kultur, sondern sind die

Kampfmittel halb- und ganzasiatischer Barbarei.
Und gegen derartige Leute, die sich in aller Form nicht nur außerhalb der Verfassung, sondern auch außerhalb der Kultur des Volkes stellen, verläumt die Regierung ihre Pflicht, wenn sie nicht mit eiserner Hand zuschlägt. Es ist

der Zustand der Notwehr,
in dem sich heute die Republik wieder einmal befindet. Und in diesem Zustand ist es nicht nur das Recht, nein: es ist die verdammt Pflicht der Regierungen, kein Mittel unbenutzt zu lassen, das ihnen die Verfassungen zum Schutze der bestehenden Staatsordnung an die Hand geben, jener Staatsordnung, die die überwiegende Mehrheit der aus freier Volkswahl hervorgegangenen Parlamente geschaffen hat. Den Anbetern der Gewalt imponiert man nicht mit Glacéhandschuhen und vornehmer Zurückhaltung, ihnen

flüht nur die Gewalt Respekt ein.
Und daß die Republik auch über die Mittel verfügt, hinter ihren Willen die Tat zu setzen, das muß den Helfferichen und Ludendorffern jetzt mit aller Deutlichkeit klar gemacht werden.

...chiedenen ... werden, in ... r Kran ... darauf ... ampf be ... waltigen ... bilit und ... n Kund ... sondern ... jeht an ... Arbeiter ... ten, um ... e Land ... mit der ... ittel zu ... Wahlbe ... mehr wir ... edungen ... und jon ... nadem ... t. Des ... ern der ... elbenust ... adems ... Boran ... ampflieb ... atisch ... weitere ... em gib ... wahlen ... deutung ... Hieran ... nehmen ... ittel von ... wir die ... über ... mor ... Frauen ... ts muß ... Genof ... an der ... en, um ... ang der ... ührung ... Demo ... real ... age der ... terschaft ... n. Sie ... sondere ... rakti ... adikalen ... Presse ... es ... stellt ... esse ... menden ... eile ge ... Inter ... müß ... ngen in ... urteile ... iffe der ... für ... ernal ... rrichts ... für un ... zu un ... von ein ... lich ar ... demtra ... kerer ... reil von ... rlichen ... mpf ge ... woren ... Mit al ... ist stel ... i jedoch ... ionen ... streben ... Presse ... eitung ... orratie ... lterung ... aus er ... zu sach ... ich fch ... ungen ... gemeinen ... e Repu ... anen und ... en sein ... stellt ... Regie ... die Be ... außen ... richtig ... müßen ... bildung ... twideln ... diesem ... in den ... delberg ... tion be ... östliche ... delberg ... äftigen

Streng gesetzlich und verfassungsmäßig in der Form, aber bestimmt und fest in der Sache

das ist das Rezept, nach dem in Deutschland in Zukunft gegen die Feinde der Republik gearbeitet werden muß.

als Beamter des Reichsaates niemand mehr gebildet werden, der nicht ehrlich dazu bereit ist, im Geiste der republikanischen Verfassung zu arbeiten.

Wehr der Reichsfeinde offenbart, indem sie bei monarchistischen Kundgebungen mit Beulen und Schellenhäuten aufsteht, muß so rasch als möglich an Haupt und Gliedern von Grund aus umgestaltet werden.

Und dann noch eine Frage, die ich Sie dringend bitte, nicht als eine reine Neugierigkeit gering zu schätzen: Ich meine die der Gabelstiche der Republik. Ist es nicht geradezu eine Affensprache, was sich unter Freikampf an

als Jammerlappen, auf dem man nach Belieben herumtrampelt und an dem man sich ohne jede Gefahr die Schuhe putzen kann.

Die erwidert aber nicht nur den Regierungen, hier erwacht in erster Linie allen ehrlichen Republikanern im Volke die Pflicht, nun erst recht bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, die schwarz-rot-goldenen Farben zu zeigen,

sich ehrlich und mutig zu ihnen zu bekennen und ihrer Verhöhnung mit mutiger Tat entgegenzutreten. Freilich: so lange selbst die öffentlichen Gebäude, die Stadthäuser, Reichs- und Landesämter noch schwarz-weiß-rote Fahnen hängen oder zum mindesten doch die Farben der Weimarer Verfassung grundsätzlich von ihren Plagenmästen herabhängen, wird sich der Bürger kaum zu mehr republikanischer Belesenheit aufschwingen können.

Und wie die in ihrer Mehrheit vorläufig noch bürgerlichen Regierungen, so sollten auch die bürgerlichen Parteien, die mit uns zur Zusammenarbeit in der republikanischen Koalition berufen sind, nun endlich erkennen, daß die vitalsten Interessen der Volksgesamtheit jetzt von ihnen die Aufgabe ihres Widerstandes gegen eine stark sozial gerichtete Politik erheben.

bei deren Beratung der Beste zeigen muß, daß er bereit ist, jenen Teil der Lasten auf sich zu nehmen, der nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit auf ihn entfällt.

Ludendorff und der Löff

Von Alexander Seidel.

Erabemünde — ein spitzer Aukturm, uralte Fischerhütten, Segelschiffe, deren Tafelwerk am Abend wie phantastisches Spinnweb vor dem klaren Himmel steht, neben dem Ort sein Gepräge, — einerseits, — andererseits sind es Strandhotels, Bars, Rennbahnen, Dampfmaschinen, Kesseln, Herrenreiter in den Friedens-Operettenuniformen wilhelminischer Zeit und eine Unzahl schwarz-weiß-roter Fahnen, die das Bad charakterisieren.

Ich entsetze dem Recken. Jenseits der Kraxe liegt Brinnell, ein stiller Strand, Kiefernwald, verdeckte Häuser. An der Kraxe muß ich warten.

Ein blonder Hüne schwam! heron. Jeder Zoll Großgrundbesitzer, Monarchist und ehemaliger Offizier. Ein kleiner Herr, Lyp eines Beamten, leistet ihm Hilfe. Zwei Jungen, dem Kleinen angehörig, sehen staunend und sichernd zu dem blonden

ten Willens. Wir bringen ihn auf in der Ueberzeugung, daß die Republik, so wenig sie natürlich bisher auch in der Lage war die sozialen Gegensätze aus der Welt zu schaffen, uns doch die formalen Voraussetzungen bietet für den

materiellen und gesellschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse und für die endliche Verwirklichung unserer spezifisch sozialistischen Ideale.

In diesem Sinne bieten wir die Hand zur Eherstellung der Republik gegen den Ansturm der monarchisch-militaristischen Konterrevolution. So werden wir uns, wie schon so oft seit der Ummäzung vom November 1918, als staatsfeindlicher Faktor im vornehmsten Sinne des Wortes erweisen, und das badiische Volk wird dies bei den Wahlen, zu denen es in der nächsten Zeit berufen ist, sicherlich auch zu wärdigen wissen.

Das vorzügliche Referat des Gen. Sed wurde mit stürmischen Beifall entgegengenommen.

Reichstagsabgeordneter Schöpflin: Der badiischen Regierung, dem badiischen Landtag und auch den bürgerlichen Parteien muß gesagt werden, daß die Verhältnisse, die uns jetzt gemacht werden, auch erfüllt werden. Die Situation ist ernst. Das beschlossene Fest der 111er, wie alle anderen Regimentsfeste müssen verboten werden. Der Kampf muß energisch weitergeführt werden. Die Republik muß geschützt werden durch energische, klare Arbeit und festen Willen. (Beifall)

In einem kurzen Schlusswort dankte der Vors. Strobel, den Genossen von Durlach für die guten Vorbereitungen. Hierauf erklarte er namens der Partei den aus dem Landtage auscheidenden Genossen den Dank für ihre treue Mitarbeit. Insbesondere wies er auf die hervorragenden Leistungen des Gen. Gels hin, der an erster Stelle der Partei und dem Staat seine Dienste zur Verfügung stellte. Nun heißt es mit voller Kraft an die Wahlarbeit zu gehen. Dies gilt für die Männer und die Frauen und vor allem auch für die Jungwähler. Wenn alle Beteiligte ihre Pflicht erfüllen, wird der Wahlsieg ein Siegessieg!

Schluss des Parteitag: 8 Uhr.

Gewerkschaftliches

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Badens Die Gemeindeführer in ganz Baden befinden sich zur Zeit in einer Bewegung, welche vorwiegend einen ernsteren Charakter annehmen wird, als man dies bisher bei den badiischen Gemeindeführern gewohnt war.

Dies ist nun anders geworden. Im Dezember hat sich der Arbeitgeberverband badischer Gemeinden gegründet und die Folge war sofort ein scharfes Angehen in der Lohnfrage. Die Erhöhung der Feuerungszulagen im Januar konnten schon nicht mehr durch gegenseitige Verhandlungen abgeschlossen, sondern mußte durch die Bezirksarbeitsstelle geschlichtet werden, welche zwar den Arbeitern auch nur eine sehr minimale Erhöhung zusprach, aber immerhin etwas mehr als der Arbeitgeberverband, der überhaupt recht wenig Verständnis an den Tag legte.

Die angereichte Bezirksarbeitsstelle für Baden billigte den Arbeitern eine Erhöhung der Feuerungszulage um 10 Prozent zu. Die Arbeiter nahmen diesen sehr niedrigen Schiedspruch an, der Arbeitgeberverband lehnte ihn wieder mit starkem Arm ab. Er beharrte dabei, daß gar nichts gegeben werde. Der Zentralausschuß in Berlin, der nun angerufen wurde, sprach sich für eine Erhöhung der Feuerungszulage um 5 Prozent aus, also etwa 1,20-1,40 M pro Tag und dieser mehr wie geringe Erhöhung wollte der Arbeitgeberverband gnädig annehmen. Das schlug dem Rat den Boden aus. Eine Erhöhung um 1,20-1,40 M täglich in einer Zeit, wo die ganze Lebenshaltung aufs über 10fache gestiegen war, mußten die Gemeindeführer als eine Herausforderung betrachten und so wurde nicht nur der Schiedspruch allerorts abgelehnt, sondern die städtischen Arbeiter schickten sich in einer ganzen Reihe von Städten an, sich über die Organisation hinweg die nötigen Aufbesserungen zu erkämpfen. So unglücklich das letztere ist und erscheinen mag, so ist es doch begründlich, durch die geradezu unverständliche Haltung des Arbeitgeberverbandes, der um jeden

auf. Abwärts sieht ein Matrose und biergeht in schweigendem Spott den herben Mund.

Die Reben des Gesprächs fliegen mir zu: — Natürlich, ich bin Ehrenmann, ich bin Edelmann — wohnt, — ja, nach Rindorf muß ich, — schlappe Zeiten jetzt — muß anders werden — Geinbel —

Zwischen den Worten stohweites Müllsen. Von Zeit zu Zeit schlägt der Hüne die Hände zusammen, legt die Hand jaltierend an den Hüftenrand und lallt: „Unser geliebter König und Kaiser, hurra, hurra, hurra!“ — „Und Ludendorff, sag ich Ihnen, das ist ein Mann, das ist der Mann. — Ich kenne ihn persönlich. — Jaabelhaft!“

Neuerliches Müllsen zu Ehren des Feldherrn. „Wissen Sie, wenn hier Ludendorff steht und dort (er zeigt mit der Hand auf einen Fleck fünf Meter entfernt) steht ein Löff, ein Löff, — wissen Sie, was ein Löff ist? — Ja, — da weiß der Mann ganz genau, w a r u m der Löff dort steht, und w a s in dem Löff ist, weiß er auch. Das ist ein Mann, sag ich Ihnen, ein Genie ist er!“

Das Fährboot legt an, ich flieg ein. — Ich gratuliere Herrn Ludendorff, der von jedem Löff wissen soll, warum er tragend steht und was in ihm ist, glaube aber nicht, daß er von anderen Löffen als dem feines persönlichen Gebrauchs Bescheid weiß! Zu oft hat er in Löffen gerührt, von denen er nichts versteht, zu oft Suppen eingetrodelt und andrennen lassen, die andere auslöffen mußten. Ich gratuliere Herrn Ludendorff zu seinem Propheeten von Erabemünde-Rindorf! . . .

Preis die Entwicklung zurückhalten wollte. In diesem Augenblick griff das badiische Arbeitsministerium und das Reichsarbeitsministerium ein und ihrer Vermittlung ist es zu danken, wenn die städtischen Betriebe vor schweren Erschütterungen bewahrt geblieben sind.

Zeit zeigt sich schon wieder das gleiche Bild! Kaum sind auf Grund der Preissteigerung die Anträge der Arbeiter eingereicht, ja sogar schon vorher, muß sich der Arbeitgeberverband auf den Standpunkt stellen, daß die jetzt ab 1. August gezahlten Erhöhungen in die neu zu gewählende Zulage eingerechnet werden soll.

Was also Arbeitsministerium und Schlichtungsausschuß gut gemacht haben, will der Arbeitgeberverband wieder zunichte machen. Kein Wunder, daß es bei den städtischen Arbeiter auf neue gart. Möge sich daher der Arbeitgeberverband bemühen werden, daß seine rückwärtslose Politik notgedrungen Gehör findet und kommt es dann auch in Baden zu Arbeitsniederlegungen in Ess- und Holzleitzugsbetrieben usw., so mag er dafür die Verantwortung tragen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Der Müllerstreik in Mannheim beendet

Wie der Allgemeine Arbeitgeberverband meldet, wurde der Streik der Mannheimer Getreidemüller durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien beigelegt. Die Arbeit wird heute Montag wieder aufgenommen.

Die Pflicht der Beamtenschaft

Zweimal innerhalb kurzer Zeit ist die Beamtenschaft gezwungen worden, Stellung zu wichtigen politischen Ereignissen zu nehmen. Das erstemal war es im November 1918, wo sie sich nach der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch des alten Systems reiflos den sozialdemokratischen Volksbeauftragten zur Verfügung stellte; das zweitemal war es in den Kampftagen, wo sie — abgesehen von einer kleinen Zahl rechtsradikaler wählischer höherer Beamten — Schulte, an Schulte mit der Arbeitererschaft für den Schutz der verfassungsmäßigen Regierung eintrat. Nun ist ein drittes politisches Ereignis von so großer Tragweite eingetreten, daß es nicht vorübergehen kann, ohne daß die Beamtenschaft sich dazu äußert. Eine solche Äußerung ist auch bereits erfolgt, und zwar durch die Deutschen Beamtenschaft als die Vertretung der gesamten Beamten des Deutschen Reiches. Diese Äußerung entspricht dem Verhalten des Deutschen Beamtenschaftsbundes während der Kampftage. Treue der verfassungsmäßigen Regierung unter allen Umständen ist ihr Inhalt.

Aber bei dieser Kundgebung der Gesamtvertretung darf es diesmal nicht bleiben, sondern jeder einzelne hat die Pflicht, innerlich zur Arbeit zu kommen. Die bis jetzt den Reichsparteien zugehörigen Beamten werden sich die Frage vorlegen müssen, ob sich ihre Würde mit derjenigen der Leute vereinbaren läßt, die durch heuchlerische und verleumdende Schreie und Redeweise Menschenwürde erzelen und über gelungenes Mordwerk ihrer Freude verleiht oder offen Ausdruck verleihen. Und sie werden vor Verantwortung dieser Frage auch daran denken müssen, ob sich ihre Interessen mit denen monarchistischer Schreihälse — feuerscheuer Großhändler, Kapitalgieriger Großindustrieller und arbeitscheuer Kriegsgewinnler — vernähnen oder mit denjenigen der Arbeitnehmerschaft und des einflussvollsten Bürgertums, das zu den Opfern bereit ist, die die Republik zum Wohle der Volksgemeinschaft von ihnen fordert.

Allerdings, Hochschullehrer der Medizin, die Totengräber zu Ehrendoktoren machen, Geschichtsprofessoren, die Wilhelm dem Entflohenen zum Helben stempeln, Richter, die den Mord an einem Vertreter der Republik auf ideale Gefinnung zurückführen, Staatsanwälte, die nationalistische Strafgefängnisse in die Sommerfrische senden, Regierungsbeamte, die noch immer der verlorenen Hoffähigkeit nachtrauern, werden sich derartige unbecommene Fragen nicht vorlegen. Diese Männer sind entweder Kuhnheiler des alten Systems geworden oder waren durch Bande der Verwandtschaft oder Freundschaft mit der Klasse der Bevorzugten verbunden. Diese Leute werden ihre Mitgefühlshäufig daher stets dort suchen, wo man für Wiederherstellung des alten Obrigkeitsstaates — für Monarchie und für Schutz des Geldbeutel — bemüht ist, und erst mit der Pensionierung wird ihr gefährliches Spiel beendet sein.

Aber die ändern, die sich noch bei den letzten Wahlen für Wiedereinführung der Monarchie ausgesprochen, weil sie glaubten so dem Volksgangen und sich selbst am besten zu dienen, sie, die bisher einseitig und falsch unterrichtet waren und daher nicht wußten, daß die Monarchie weiter nichts war als Sadwalter der Junkerlaste, werden durch die neueste Tat monarchistischer Mördergehirns zum Nachdenken angeregt werden. Und diese von ihnen werden zu der Erkenntnis gelangen, daß das Wohl der Volksgemeinschaft ebenso wie die Interessen des einzelnen in seiner Eigenschaft als Mensch, Staatsbürger und Beamter am besten durch die demokratisch-republikanische Staatsform gewahrt werden. So werden sich zu der großen Schaar der treuen Republikaner Tausende von pflichtbewußten Beamten neu zugesellen, um darüber zu wachen, daß diejenigen, die so oft von der erblichsten Front sprechen, keinen Dolchstoß führen gegen die Heimat, die deutsche Republik.

Aus dem Lande

Karlsruhe, 3. Sept. Vom Södinggericht Staufen wurde ein Landwirt zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt, weil er 33 Zentner Mankelrüben nach Freiburg verkauft hatte, den Zentner zu 18 M. einzeln. Zufroh. Er wurde außer der genannten Geldstrafe noch mit Einziehung des übermäßigen Gewinns bestraft.

Konstanz, 3. Sept. Vor einer Weiserei kam es zu einem großen Menschenauflauf. Ein Gerichtsbollweiser wollte das Fleisch des Metzgers beschlagnahmen. Die Frau des Metzgers trat dem Gerichtsbollweiser gegenüber, warf ihm die rohesten Ausdrücke an den Kopf, wurde schließlich tödlich, trat ihm gegen den Leib, fragte und biß während um sich, um ihn so in der Diensthandlung zu verhindern. Erst die herbeigezogene Schützmannschaft konnte den Gerichtsbollweiser in seiner Handlung unterstützen und die Frau festnehmen.

Bühllingen (A. Konstanz), 3. Sept. In der Molkerei hier wurde schon seit längerer Zeit gefälschte Milch abgeliefert. Nun wurde der Täter in der Person eines der reichsten Landwirte festgestellt.

Eine Dame. Welch eine zarte, weiße Haut u. Blaudschön. Feinartig u. erhaben will, wäscht sich nur mit Fiedersford-Weife. Die beste Lillienmilchseife von Bergmann & Co., Bad-Bühl. Überall erhältlich.

Aus dem Reichstag. (Maglanbl.) Der Aufwender einer Brauerei soll den Landwirten für den Doppelzentner Gerste 600 Mark bieten. Wie hoch mag dann der Bierpreis werden, wenn ganz unbilligerweise für den Doppelzentner Gerste schon 100 Mark geboten werden.

2. Lörach, 2. Sept. Sperrung der Grenze. Die schweizerisch-deutsche Grenze ist vorläufig an den Samstagen und Sonntagen für schweizerische Staatsangehörige gesperrt worden. Damit soll der landwirtschaftlichen Ueberführung der deutschen Grenzortschaften am Samstag und Sonntag verhindert werden. Den „Baluta-Effern“ aus der Schweiz wird demnach nichts anderes übrig bleiben, als an den beiden genannten Tagen einige Selbstzucht zu üben oder die Wirtschaften im eigenen Lande aufzusuchen.

Erheblich höhere Getreideerträge!

Auch heuer ist durch die Saatenstandsberichterstattung eine vorläufige Schätzung des Ertrages von Getreide vorgenommen worden, das die „Mitteilungen des württemberg. Statistischen Landesamts“ veröffentlichten. Die Getreideerträge für Getreide stellen sich erheblich höher als im Vorjahr, bei Weizen um 22 bis 24 Proz., Dinkel 16 Proz., Roggen 12 Proz., Gerste 15 Proz., Haber 6 Proz. Die Gesamtlandeserträge würden danach für Vorkriegszeit einen Mehrertrag von 29,5 Proz. oder 1 318 498 Zentner ergeben! Warum, so fragen wir angesichts dieser amtlichen Zahlen erneut, dann das Geschick derer im Bauernbund über die ungünstige Lage der Landwirtschaft? Und warum dann die fortwährenden Preissteigerungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse?

Aus der Stadt

Karlsruhe, 5. September.

Geschichtskalender

5. Sept. 1870 Manifest des Braunschweiger Ausschusses gegen den Krieg. — 1902 T. Der Biolog. Rudolf Virchow in Berlin. — 1905 Russ.-japan. Friedensvertrag in Portsmouth (Nordamerika) unterzeichnet.

Berichterstattung vom Parteitag

Am Mittwoch, 7. ds. Mts., abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen

Bezirksversammlungen

statt mit dem Thema: „Bericht vom außerordentlichen badischen Parteitag“.

Südstadt und Altstadt zusammen im „Grünwald“, Rippurrerstraße.

Altstadt: in der „Atrone“, Mittel- und Südstadt: in der „Atrone“, Amalienstr., Weststadt: „Wirttemberger Hof“, Uhländstr., Nördstadt und Grünwinkel: „Stadt Karlsruhe“, Rheinstraße.

Taglunden: „Karlsruher Hof“, Rintheim: am Dienstag, den 6. ds. Mts., abends 8 Uhr, im „Schwanen“.

Beiertheim: am Freitag den 9. ds. Mts., abends 8 Uhr, im „Beiertheimer Hof“.

In vorstehenden Versammlungen werden sprechen die Genossen: L. Müller und A. Fischer, ferner die Genossen: Reiser, Lang, Müller-Rütz, Schläpfer, Müller, Valentin und Schwerdt.

Genossinnen und Genossen, erscheint vollzählig.

Sozialdem. Verein Karlsruhe. 1. öffentliche Sitzung für den Wahltag. Es gingen ein: Bezirk Rintheim Uebertrag von Kaiser 70 M., Verkauf von Langabschlag 5 M., Gen. Dammert 5 M., Gen. M. 885 M. Weitere freiwillige Spenden nimmt dankend entgegen: Hermann Lang, Kaiser, Kaiserstr. 46.

Kinder-Spaziergänge der Kinderkommission

Morgen Dienstag unternimmt die Kinderkommission den letzten Spaziergang in diesem Jahre. Doch der Abschied soll nicht nur ein Spaziergang wie die bisherigen sein, sondern ein Kinderfest, das auf dem Turmpfad der Freien Turnerschaft sich abwickeln wird und wozu die Kinder aus allen Stadtteilen sich einfinden werden. Für ein gutes Besper — Festtagsbesper — ist gesorgt.

Bürgerausschuhsvorlagen

Eine Reihe von Vorlagen hat der Stadtrat dem Bürgerausschuh zur Beschlußfassung vorgelegt. Eine Vorlage behandelt die Änderung der Besoldungsansätze, die folgende Fassung erhält: „Zur Anpassung des Grundgehaltes, des Ortszuschlages und der Kinderzuschläge der Beamten, Beamtinnen und Angestellten an die Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftslage wird ein Teuerungszuschlag gewährt. Für die Höhe sind die jeweiligen Bestimmungen maßgebend, die für Reichsbeamte gelten.“ Während bisher im Haushaltsplan die Höhe des Teuerungszuschlages bestimmt wurde, soll letzterer sich nur nach den für Reichsbeamte geltenden Bestimmungen richten. In einer Reihe anderer Städte ist dieser Modus schon länger eingeführt.

Zur Verbesserung des Gasrohrnetzes, insbesondere zur Verlegung eines Gasdruckstranges von Gaswerk Ost durch die Schlachthaus-, Wiesen- und Rebeniusstraße bis zur Ettlingerstraße wird ein Betrag von 1 015 000 Mark angefordert, der aus Anlehensmitteln mit einer Verwendungsfrist von zwei Jahren beizutragen ist. Es handelt sich dabei um eine bessere Gasversorgung der Weststadt, Südstadt und Ost Rippurr. Für die Weststadt soll durch eine Verbindung des Niederdrucknetzes mit dem Gaswerk Ost eine Verbesserung erzielt werden, wozu ein Druckstrang von der Ecke der Ettlinger- und Rebeniusstraße aus durch die Wiesenstraße nach dem Gaswerk zieht. Würde z. B. beim Hauptdruckstrang ein Rohrbruch eintreten, so könnte unter Benutzung des geplanten Stranges die Gasversorgung der Weststadt in der Weise gesichert, daß Gas unter Hochdruck bis zur Ettlinger Straße geleitet, dort in der Reglerstation auf den Stadtdruck heruntergeleitet und dann durch die über den Bahnhofsplatz, die Reichs-, Brauer-, Garten- und Leffingstraße führenden 600 und 800 mm weiten Hauptrohre in die Verteilungsteile des Gaswerks West geleitet wird. Durch Anschluß des Niederdrucknetzes unter Einwirkung eines Druck-

reglers an der Ecke der Angarien-, Ebel- und Wiesenstraße wird es möglich sein, die Südstadt besser mit Gas zu versorgen. Um die Gasversorgung der Gartenstadt und des Cries Rippurr zufriedenstellend zu gestalten, muß die jetzt bestehende Leitung nach Rippurr an den geplanten Hochdruckstrang angeschlossen, vor dem Schloßhöfen in Rippurr eine Reglerstation eingebaut und von da aus der für dieses Stadtgebiet erforderliche Druck gegeben werden. Von den Gesamtkosten von 1 015 000 M. entfallen 530 000 M. auf Materialbeschaffung, das übrige auf Arbeitslöhne. Diese Arbeit gibt Beschäftigung für Erwerbslose, weshalb auch ein Zuschuß aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge angefordert wird. Es können voraussichtlich 35 Erwerbslose von Mitte September bis Ende Januar mit zusammen 5900 Arbeitstagen beschäftigt werden, wozu die Stadt einen reinen Zuschuß von 100 000 M. erhalten würde.

Drei weitere Vorlagen befassen sich mit der Fortführung des Konservatoriums für Musik, wo die Erhöhung der Leibrente für Frau Witwe Ordenstein von 8000 M. auf 15 000 M. und der Abschluß des Vertrags mit dem neuen Leiter Herrn Prof. Schmid gefordert wird, weiterhin mit dem Verkauf von Gelände im Bannwald an Junker u. Kuh und Gewährung eines Darlehens von 20 000 M. an den Verein Alemannia zum Bau eines Bootshauses.

Ueber die Erhöhung der Straßenbahnrate, worüber wir schon am Samstag berichteten, ist dem Bürgerausschuh ebenfalls eine Vorlage zugegangen.

„Mein Eber deckt nur deutschnationale Säue“!

Der Berliner „Freiheit“ wird folgende köstliche Episode mitgeteilt, die den Geisteszustand der Deutschnationalen kennzeichnet: Der Oberschweizer B. vom städtischen Gut Schmedsdorf bei Berlin wollte seine Sau von einem Eber belegen lassen. Er ging zu diesem Zweck zu einem benachbarten Gutsbesitzer in Mähren bei Böhm. Als er sein Anliegen vorbrachte, fragte der Gutsbesitzer: „Sagen Sie mal, wie haben Sie eigentlich das letzte Mal gewährt?“ Der Oberschweizer erwiderte: „Na, U.S.P.“. Darauf der Gutsbesitzer: „Ja, dann gehen Sie mit Ihrer Sau zu einem U.S.P.-Eber, meiner deckt nur nationalitätliche Säue!“

Nachdem so den Deutschnationalen die Bundesgenossenschaft des Reiches mit dem Patentgesetz geschmiedet Ebers in Mähren gesichert ist, kann es ihrer Propaganda auf dem flachen Lande wohl nicht mehr an Erfolg mangeln. Die bisher vergeblich angeführte „nationale Einheitsfront“ ist unter der Führung des deutschnationalen Ebers zur Wirklichkeit geworden. Keine Sau, die etwas auf sich hält, wird es nunmehr wagen dürfen, von den Pfaden der „nationalen Politik“ abzuweichen, da ihr sonst die Ungnade des neuen Bundesgenossen der Deutschnationalen droht.

Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Vorstände der freien Gewerkschaften werden dringend ersucht, in der heute mittags 5 Uhr im „Elefanten“ stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Es werden die Genossen Reichstagabg. Schöppl und Redakteur Hoffmann von der „Mannheimer Tribüne“ (U.S.P.) sprechen.

„Wozu brauchen wir ein Wohnungsamt? Eine große Zahl von Wohnungssuchenden und auch einige Hauseigentümer haben sich am letzten Freitag abend im Saalbau in der Gottesackerstraße in einer Versammlung zusammengefunden, um eine Aussprache herbeizuführen über das Thema „Wozu brauchen wir ein Wohnungsamt?“ Viele der anwesenden Wohnungssuchenden gaben in längeren Ausführungen ihre traurigen Erfahrungen bekannt, die sie im Verkehr mit dem Wohnungsamt gemacht haben und erhoben teilweise die schwersten Vorwürfe über die unhaltbaren Zustände, die bei dieser Behörde herrschen. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß es nun die höchste Zeit sei, daß Mittel und Wege gefunden werden, um eine Aenderung in der Beschaffung der möglichen Stellen beim Wohnungsamt herbeizuführen, damit das vollständig verloren gegangene Vertrauen zu dieser Institution wenigstens einigermaßen wiederhergestellt wird. Nach längerer Aussprache über alle sonstigen Mängel der Wohnungssuchenden wurde von verschiedenen Seiten aufgeführt, daß sich alle Mieter und Wohnungssuchenden ausnahmslos der Mieter- und Untermietervereinigung anschließen sollen, denn nur eine geschlossene und nachvollziehbare Organisation ist imstande, den nötigen Einfluß zu gewinnen und die Zustände ertüchtlicher und gerechter zu gestalten. Es wurde beschlossen in einer weiteren Versammlung zu dieser Aufforderung Stellung zu nehmen.

Neue Broschüre. — Krankenrot und Viehdarverförmung. Auf die diesbezügliche Bekanntmachung des Nahrungsmittelamtes in der heutigen Nummer sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

i. Rippurr. Unfall mit Todesfolge. Die 26 Jahre alte Frau Käthe Furrer, Tochter von Herrn Christof Fischer, trug kürzlich ihr Fahrrad die Treppe im Hause herunter, kam zu Fall und verletzte sich derart schwer an der Wirbelsäule, daß die Aufnahme ins Krankenhaus sich als notwendig erwies. Die Verletzungen waren bedauerlicherweise derart schwerer Natur, daß die junge Frau gestern an den Folgen desselben starb.

Die Neuordnung der Polizeistunde. Vom 1. September 1921 ab wird die nächtliche Polizeistunde auf 11 1/2 Uhr festgesetzt. Durch ortspolizeiliche Vorkehrung kann sie auf eine frühere Stunde festgesetzt werden, bei dringendem Bedürfnis ist eine allgemeine Verlängerung zulässig, jedoch für öffentliche Wirtschaften aller Art nicht über 1 Uhr und für Theater, Lichtspielhäuser und Kinos, in denen Schaulustigen stattfinden und für andere öffentliche Vergnügensstätten nicht über 12 Uhr. Bei besonderen Anlässen kann eine Verlängerung der Polizeistunde bis 2 Uhr durch die Ortspolizeibehörde genehmigt werden. Die Ortspolizeibehörde hat die Genehmigung nur dem Bezirksamt zu. Das Bezirksamt kann bei dringenden außerordentlichen Veranlassungen eine allgemeine Verlängerung der Polizeistunde oder für einzelne Wirtschaften oder öffentliche Vergnügensstätten anordnen, wenn gegen die Wirte oder Internernehmer Anlässe vorliegen. Für Vergnügensstätten im Freien kann die Ortspolizeibehörde die Polizeistunde ohne besonderen Anlaß abkürzen. Die Wirte oder ihre Stellvertreter haben den Eintritt der Polizeistunde 1/4 Stunde vorher anzukündigen und nach ihrem Eintritt das Wirtschaften sofort einzustellen und die Gasse zum Verlassen zu mahnen.

Gegen die Errichtung einer großen Automoverkäte mit Gasröhren in der Weststadt findet heute abend 8 Uhr in der Goethe-

salle, Goethestraße 8, eine Einwohnerversammlung statt. Um die Auffassung der Bewohner auch in der breiteren Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, ist das Erscheinen aller Einwohner erforderlich. Arbeiter, Handwerker, Beamte und Priuate müssen gegen die Schädigung des Wohnviertels Stellung nehmen.

Wiederaufnahme der Turnstunden der Freien Turnerschaft. Die Freie Turnerschaft Karlsruhe nimmt morgen in allen Abteilungen den während der heißen Sommermonate gestrichenen Turnbetrieb wieder auf. Die Freien Turner haben sich nicht in den Dienst der gesamten Arbeiterbewegung gestellt, so daß wir erwarten, daß die Aufforderung der Turner, an ihren Turnstunden teilzunehmen, innerhalb unseres Befreiungsbereiches auf recht guten Boden fällt. Die seit Kriegsbeginn eingestellten Altersriegel, treten jetzt auch wieder in Tätigkeit, so daß manch alter Kämpfer noch Gelegenheit hat, seinen halbeingetroffenen Körper etwas gelentig zu machen. Im übrigen verweisen wir auf das heutige Patrois.

Münchener Gewerbeausstellung 1922. Der Stadtrat nimmt in Aussicht, hiesigen Gewerbetreibenden, die auf der Deutschen Gewerbeausstellung München 1922 (Mai-Oktober) eigene Erzeugnisse ausstellen wollen, je nach der Art der auszustellenden Gegenstände und nach Prüfung ihrer Bedürftigkeit Beihilfen hierzu zu gewähren. Gesuche um solche Beihilfen sind entweder beim Ortsausschuh Karlsruhe für die Münchener Gewerbeausstellung, bei der Handwerkskammer oder bei der Handelskammer hier anzubringen.

Ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten der schwerkranken Kriegsbeschädigten des hiesigen Versorgungsstranthenhauses findet am Dienstag, 6. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gemeindegarten der Weststadt, Mäckerstr. 20, statt.

Exzellenz-Künstlerspiele. Ein neues Künstlerbrett-Unternehmen wurde am 1. September hier über die Tische gehoben, das sich unter dem Namen „Exzellenz-Künstlerspiele“ in den vornehm ausgestatteten Räumen der Exzellenz-Diele (Kaiserstraße 26) niedergelassen hat. Die Eröffnungsvorstellung machte den besten Eindruck. Es tritt täglich eine kleine, aber ausserordentlich künstlerisch auf, welche zusammen mit einer ausgezeichneten Kapelle, den Gästen angenehme Unterhaltung bietet. Das Unternehmen ist im Sinne des feinen Kabarett gedacht und dürfte hier zweifellos Erfolg haben.

Landestheater. Die Generaldirektion des Badischen Landestheaters teilt mit: Für den einführenden Vortrag über Goethes „Iffgen“ (Goethes „Faust in ursprünglicher Gestalt“), der am 11. September, morgens 11 1/2 Uhr, in der Wandelhalle des Badischen Landestheaters stattfindet, wurde vom Theaterkulturverband der Literarchroniker der Karlsruher Hochschule, Herr Professor Dr. Karl Holl gewonnen.

Wassersstand des Rheins. Schusterinsel 110, gef. 7; Rehl 187, gef. 6; Rogau 353, gef. 2; Mannheim 229, gef. 7 Zentimeter.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 5. September 1921. Voraussichtliche Witterung bis Dienstag abend: Teilweise heiter, keine erheblichen Niederschläge, nach kühler Nacht am Tage etwas wärmer als heute.

Rekte Nachrichten. Schweres Eisenbahnunglück. Bei der Einfahrt in den Bahnhof der aus Leimathe kommende Personenzug einem aus der Richtung Schmetke kommenden Personenzug in die Platte. Zwei mit Fahrgästen dicht besetzte Wagen wurden umgeworfen. Zwei weitere Wagen mehr oder weniger stark beschädigt. Unter dem ersten der umgestürzten Wagen wurden zwei tote Herborgezogen. Drei schwer verletzte und mehrere leicht verletzte Personen fanden im hiesigen Krankenhaus Aufnahme. Das Unglück entstand vermutlich durch Ueberfahren des Haltesignals seitens des Schwerter Zuges.

Briefkasten der Redaktion. Söllingen. Bitte Briefe nie persönlich an einen Redakteur richten. Gen. B. ist in Urlaub, weshalb wir erst heute Kenntnis von der Einbringung erhielten.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Berantwortlich: für Artikel, Politische Ueberlicht und Rekte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Berichtszettelung und Revueletton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Angehörigen Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Eheaufschöte. Wilhelm Schöpfel von hier, Lehrgemeister hier, mit Luise Ehle von hier, Johann Sauter von Wundelhardt, Schönm. hier, mit Hilda Schultis von Furthausen. Josef Krenke von Paris, Fab. Arb. hier, mit Maria Wiggler von Lausheim. Heinrich Niedermann von hier, Kaufmann hier, mit Amalie Wähler, geb. Klein von hier. Karl Graf von Freiburg, Maj. in der Reserve hier, mit Emilie Grether von hier. Hugo Leonhard von Durlach, Schlosser hier, mit Vertha Gallaghi von hier. Johannes Essig von hier, Monteur hier, mit Lina Lang von hier. Moritz Kaimbacher von Hilpertshausen, Schmied hier, mit Anna Braun von Mosbronn. Nicolaus Angel von Heidelberg, Stadttagelöhner hier, mit Helena Kaiser Witwe von hier. Leo Philipp von Akenbach, Bäcker hier, mit Elisabetha Gahn von Epselbach.

Todesfälle. Lina Simianer, Fabr. Arb., ledig, alt 23 Jahre. Johann Gremmelmaier, Fris., Chemann, alt 77 Jahre. Flora Hande, alt 78 Jahre, Witwe von Oswald Hande, Hoftheaterdirektor. Anna Ludas, alt 67 Jahre, Witwe von Josef Ludas, Schlosserwaller. Karl Unger, Wechm., ledig, alt 23 Jahre. Luise Rüdiger, alt 65 Jahre, Ehefrau von Fredr. Rüdiger, Steuerbote a. D.

Zuban Zigaretten nur aus reinen edlen Orienttabaken ZUBAN

